

Iran: Gefährdung von Konvertierten

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse

Bern, 7. Juni 2018



Weyermannstrasse 10
Postfach, CH-3001 Bern

T +41 31 370 75 75
F +41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

Spendenkonto
PC 30-1085-7

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Deutsch, Französisch

Copyright
© 2018 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Gefährdung von konvertierten Personen, die vom Islam zum Christentum übergetreten sind.....	4
2.1	Verbreitung des Christentums und Anzahl Konvertierter.....	4
2.2	Rechtliche Bestimmungen betreffend Christ_innen und Konvertierter	5
2.3	Verhaftungen, Strafverfolgung und weitere Verfolgungsmassnahmen	6
2.3.1	Wahrnehmung Konvertierter durch Behörden.....	6
2.3.2	Keine Verbesserung der Situation der Konvertierten unter Präsident Hassan Rohani.....	7
2.3.3	Verhaftungen	7
2.3.4	Zwang als Informant_innen zu arbeiten, Überwachung, Repression und prekäre Situation nach Haftentlassung	9
2.3.5	Strafverfolgung und unfaire Verfahren	10
2.3.6	Physische und psychische Misshandlungen	12
2.4	Schikanen durch staatliche Akteure	12
2.5	Ablehnung, soziale Ausgrenzung und Denunziation durch Dritte	13
2.6	Zwang zur Geheimhaltung, Überwachung und Hauskirchen	14
3	Gefährdung von Konvertierten bei einer Rückkehr in den Iran.....	17
3.1	Gefährdung von Konvertierten bei einer Rückkehr	17
3.2	Überwachung im Ausland.....	21
4	Quellen	22

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Nach welchen gesetzlichen Grundlagen ist die Religionsfreiheit in Iran geregelt?
2. Sind vom Islam zum Christentum Konvertierte in Iran gefährdet?
3. Mit welchen Konsequenzen müssen zum Christentum Konvertierte rechnen, wenn sie aus dem Ausland in den Iran zurückkehren?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die der SFH derzeit zur Verfügung stehen, sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

2 Gefährdung von konvertierten Personen, die vom Islam zum Christentum übergetreten sind

2.1 Verbreitung des Christentums und Anzahl Konvertierter

Unterschiedliche Angaben zur Verbreitung des Christentums, keine zuverlässigen Daten über Konvertierte. Die christliche Bevölkerung in Iran setzt sich unter anderem aus Armenier_innen – der grössten christlichen Gruppe in Iran – und Chaldo-Assyrier_innen – eine der ältesten in Iran ansässigen Gruppe – zusammen (*Minority Rights Group International (MRG)/Ceasefire Centre for Civilian Rights und Centre for Supporters of Human Rights (CSHR)*, März 2018). Ausserdem gibt es gemäss der gleichen Quelle grosse protestantische und evangelikale Gruppen, denen zahlreiche Konvertierte angehören. Laut Bericht des *UK Home Office* vom März 2018 gibt es sehr unterschiedliche Angaben zur Verbreitung des Christentums innerhalb der Bevölkerung Irans. Die Angaben über deren Anzahl variieren je nach Quelle zwischen 117'700 bis zu drei Millionen Personen. Gemäss der Volkszählung von 2011, wonach nur Armenier_innen und Chaldo-Assyrier_innen zu den Christ_innen gezählt wurden, lag die christliche Bevölkerung bei 117'704 Personen (MRG/CSHR, März 2018). Zu den protestantischen Gruppierungen, darunter auch die evangelikalen Gruppen, gibt es laut dem Bericht des *US Department of State* (USDOS) über Religionsfreiheit vom August 2017 keine zuverlässigen Daten, weil viele protestantische und andere konvertierte Personen ihren Glauben heimlich ausüben. Christliche Gruppierungen ausserhalb des Landes schätzen laut USDOS (2017) die Zahl der protestantischen Gemeinde auf weniger als 10'000 Personen. Unbestätigten Schätzungen von *Elam Ministries* zufolge, einer in Grossbritannien ansässigen iranisch-christlichen Gruppe, welche in Iran und Nachbarländern Missionstätigkeiten ausübt, sollen in den letzten 30 Jahren zwischen 500'000 und 1.5 Millionen Iraner_innen konvertiert sein (*Danish Immigration Service* (DIS), Juni 2014).

2.2 Rechtliche Bestimmungen betreffend Christ_innen und Konvertierter

In der iranischen Verfassung werden Christ_innen als Minderheit anerkannt. Gemäss der iranischen Verfassung sind Zoroastrier_innen, Jüd_innen sowie Christ_innen (mit Ausnahme von Konvertierten) die einzigen anerkannten religiösen Minderheiten, welche das Recht haben, «innerhalb der durch das Gesetz vorgegebenen Grenzen» religiöse Rituale und Zeremonien durchzuführen und persönliche Angelegenheiten sowie Religionsunterricht gemäss ihren eigenen religiösen Regeln («*religious canon*») zu gestalten (USDOS, August 2017).

Konvertierte können ihre Zugehörigkeit zum Christentum nicht registrieren lassen und werden nicht als Christ_innen anerkannt. Gemäss USDOS (August 2017) werden alle iranischen Staatsangehörigen als Muslim_innen betrachtet, wenn sie keine registrierten Mitglieder des armenischen oder assyrischen Christentums, Sabeismus-Mandäismus, Judentums oder Zoroastrismus sind. Berichten zufolge gelten auch Christ_innen, die nicht beweisen können, dass ihre Familie vor dem Jahr 1979 christlich war, als Angehörige des Islams. Angehörige dieser anerkannten Minderheiten müssen sich bei den Behörden registrieren lassen. Konvertierte Personen können ihre Religionszugehörigkeit nicht registrieren lassen. Demzufolge gelten Konvertierte vor dem Gesetz weiterhin als Angehörige des Islams (USDOS, August 2017).

Konvertierte geniessen nicht die gleichen Rechte wie anerkannte Christ_innen. Weil Konvertierte sich nicht als Christ_innen registrieren lassen können, geniessen sie nicht die gleichen Rechten wie Mitglieder von anerkannten christlichen Gruppen (USDOS, August 2017). Nicht-Muslim_innen dürfen sich nicht im Justizwesen, bei den «Security Services» (gesondert von den regulären Streitkräften) oder als Schulleiter_innen von öffentlichen Schulen betätigen (USDOS, August 2017). Obwohl registrierten nicht-muslimischen Personen beispielsweise der Alkoholkonsum für religiöse Zwecke gestattet wird, werden zum Christentum konvertierte Personen dafür bestraft (USDOS, August 2017; *Mansour Borji*, zitiert nach DIS, 2014). Auch wird laut Aussagen von *Mansour Borji*, Sprecher der Initiative Article 18 des United Council of Iranian Churches (*Hamgaam*), gegenüber dem Danish Immigration Service (DIS) im Rahmen einer 2014 durchgeföhrten Fact-Finding-Mission, eine christliche Ehe zwischen konvertierten Personen von den iranischen Behörden nicht anerkannt (DIS, Juni 2014). Eine rein zivile Eheschliessung ohne religiöse (islamische) Trauung werde in Iran nicht anerkannt (DIS, Juni 2014; *Immigration and Refugee Board of Canada* (IRB), Dezember 2001). Konvertierte können nur gemäss dem islamischen Gesetz legal heiraten. Um die Ehe zu registrieren, müsse das Ehepaar einen islamischen Ehevertrag vorweisen (*Mansour Borji* an DIS, Juni 2014).

Todesstrafe für Missionierung von muslimischen Personen. Nach Angaben von USDOS (August 2017) sieht das iranische Strafgesetz die Todesstrafe für Nicht-Muslim_innen vor, die muslimische Personen zum Christentum bekehren oder missionieren.

Abkehr vom Islam kann mit dem Tod bestraft werden. Gemäss USDOS (August 2017) kann die Abkehr vom Islam mit der Todesstrafe bestraft werden. Obwohl Apostasie (Abkehr vom Glauben) im Strafgesetzbuch nicht spezifisch als Verbrechen festgelegt sei, können Personen aus diesem Grund strafrechtlich verfolgt werden (ehemalige UN-Sonderberichterstatterin für die Lage der Menschenrechte in der Islamischen Republik

Irans, Asma Jahangir, zitiert nach UNHRC, März 2017). Sowohl im iranischen Strafgesetzbuch als auch im Artikel 167 der Verfassung werde festgelegt, dass die *Shari'a* beziehungsweise das islamische religiöse Recht in Fällen, welche nicht im Gesetz geregelt seien, Anwendung finde (*Iran Human Rights Documentation Center* (IHRDC), Juli 2014; *Christians in Parliament APPG und APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015). Zwar deute der Koran nicht auf die Bestrafung von Apostasie hin, jedoch sei sich die Mehrheit der islamischen Rechtgelehrten einig, dass Apostasie mit dem Tod zu bestrafen sei (IHRDC, Juli 2014). Gemäss der *Shari'a* riskieren Frauen wegen Apostasie eine lebenslange Haftstrafe, Männer können zum Tode verurteilt werden (*Christians in Parliament APPG und APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015).

Konversion vom Islam zu einem anderen Glauben ist nicht erlaubt. Laut USDOS (August 2017) dürfen muslimische Staatsangehörige gemäss dem Gesetz ihren religiösen Glauben weder ändern noch aufgeben, nur die Bekehrung von einer anderen Religion zum Islam wird anerkannt. Im iranischen Strafgesetzbuch gibt es keine spezifische Gesetze, die Konversion verbieten (*Mansour Borji*, zitiert in DIS, Juni 2014). Dennoch kann auch bei Konversion auf die iranische Verfassung verwiesen werden: Gemäss Artikel 167 findet die *Shari'a* Anwendung und Richter_innen können nach eigenem Ermessen auf Fatwas und andere religiöse Quellen zurückgreifen (*Mansour Borji*, zitiert in DIS, Juni 2014). Ali Younesi, leitender Berater in Angelegenheiten ethnischer und religiöser Minderheiten des Präsidenten Hassan Rohani, habe laut einem Bericht der zwei britischen parlamentarischen Gruppen *Christians in Parliament APPG und APPG for International Freedom of Religion or Belief* (März 2015) in einem Interview im Oktober 2014 öffentlich darauf hingewiesen, dass eine Konversion aus dem Islam zu «verschiedenen Sekten» illegal sei und Bekehrungstätigkeiten für religiöse Minderheiten nicht erlaubt würden.

2.3 Verhaftungen, Strafverfolgung und weitere Verfolgungsmassnahmen

2.3.1 Wahrnehmung Konvertierter durch Behörden

Grosses Misstrauen gegenüber Christ_innen und Konvertierten, sie werden als Instrumente des Westens wahrgenommen. Laut Angaben einer ausländischen Person, die Kontakte zu Christ_innen in Iran hat, gegenüber DRC/DIS (Februar 2018) habe sich die Wahrnehmung der Christ_innen durch die iranischen Behörden allgemein verändert. Nach der «grünen Revolution» von 2009 habe sich eine behördliche «Paranoia» gegen Christ_innen entwickelt, da diese als Verbreiter_innen von «Freiheits-Gedanken» gelten würden. Je mehr sich das Land geöffnet habe, desto stärker seien die Behörden laut der Quelle gegen solches Gedankengut vorgegangen. Konversion werde in Iran von den Behörden als Annäherung an den Westen und als Protest gegen das System interpretiert. Aktivitäten im Zusammenhang mit Konversion werden von den Behörden unterdrückt, da sie als politische Aktivitäten wahrgenommen werden (DRC/DIS, Februar 2018). Gemäss Aussagen von Open Doors in einem im August 2017 durchgeföhrten Interview mit UK Home Office glauben die Revolutionsgarden und der iranische Geheimdienst, Christ_innen seien Spione des Westens (UK Home Office, März 2018). Christians in Parliament APPG und APPG for International Freedom of Religion or Belief (März 2015) zufolge werden Konvertierte von

manchen iranischen Behörden als Bedrohung und als Mittel des Westens betrachtet, um politische und religiöse Strukturen des Irans zu untergraben.

2.3.2 Keine Verbesserung der Situation der Konvertierten unter Präsident Hassan Rohani

Keine Veränderungen der Menschenrechtssituation unter der Regierung Rohani, einige Quellen berichten von zunehmenden Verhaftungen christlicher Personen. Gemäss der *US Commission on International Religious Freedom* (USCIRF, April 2017) hat die Anzahl der Verhaftungen von Angehörigen religiöser Minderheiten wegen ihres Glaubens seit der Wahl von *Hassan Rohani* 2013 zugenommen, obwohl seine Regierung einzelne religiopolitische Häftlinge freigelassen hat. Der gleiche Bericht deutet darauf hin, dass Präsident *Rohani* sein Versprechen, Bürgerrechte für religiöse Minderheiten zu stärken, nicht eingehalten habe. Laut Bericht von *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief* vom März 2015 sind Verfolgungsmassnahmen gegen Angehörige des Christentums unter Präsident *Rohani* weiterhin weit verbreitet, obwohl er eine grössere Beachtung der Menschenrechte versprochen hatte. Gemäss Angaben von *Middle East Concern* vom Oktober 2017 gegenüber *Danish Refugee Council* (DRC) und *Danish Immigration Service* (DIS) im Rahmen einer Fact-Finding-Mission, welche im September und Oktober 2017 durchgeführt wurde, haben Verhaftungen von Christ_innen in den letzten Jahren nicht abgenommen (DRC/DIS, Februar 2018). *Ajay Sharma*, Mitarbeiter des britischen *Foreign and Commonwealth Office* deutete am 2. Dezember 2014 darauf hin, dass die Menschenrechtsbilanz in Iran sich seit der Wahl *Rohanis* nicht wesentlich verändert habe, es müsse sogar von einer Verschlechterung gesprochen werden (*Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015).

2.3.3 Verhaftungen

Willkürliche Verhaftungen von Konvertierten durch iranische Behörden. Die ehemalige UN-Sonderberichterstatterin für die Lage der Menschenrechte in Iran *Asma Jahangir* hat in ihrem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat vom März 2017 betont, dass von den iranischen Behörden und vom Klerus gezielt mit strengen Massnahmen und willkürlichen Verhaftungen gegen christliche Konvertierte muslimischen Hintergrundes vorgegangen wird (UN-HRC, 2017). Auch *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief* (2015) weisen auf willkürliche Verhaftungen von christlichen Personen hin. Gemäss Aussagen von *Mansour Borji* ist es in den letzten zehn Jahren beispielsweise üblich geworden, dass während der Weihnachtszeit in verschiedenen Städten Irans christliche Konvertierte von den Sicherheitskräften festgenommen werden (*Center for Human Rights in Iran*, Januar 2016). In einem Interview mit *UK Home Office* im Juli 2017 wies die Organisation *Article 18* darauf hin, dass bei den Verhaftungen von Konvertierten die gesetzlichen Vorschriften nur selten eingehalten würden (*UK Home Office*, März 2018). In den meisten Fällen würden Betroffene weder vorgeladen, noch werde ihnen bei ihrer Verhaftung ein Haftbefehl vorgelegt, noch würden sie über die Anklagepunkte informiert.

Unverhältnismässig hohe Anzahl verhafteter Konvertierten. Christ_innen im Exil haben gemäss USDOS (August 2017) von unverhältnismässig vielen Festnahmen, insbesondere von evangelikalen und vom Islam konvertierten Christ_innen berichtet. Laut USCIRF (2017) und der in Budapest ansässigen Nachrichtenagentur *BosNewsLife* (zitiert nach ACCORD,

14. Juni 2017) haben iranische Sicherheitskräfte zwischen Mai und August 2016 ungefähr 80 Christ_innen verhaftet. Die Mehrheit der Inhaftierten wurde laut USCIRF (2017) verhört und nach wenigen Tagen freigelassen, aber ein Teil der Verhafteten wurde während Monaten ohne Anklage festgehalten. Mehrere Betroffene seien weiterhin in Haft. Menschenrechtsgruppen gehen allerdings davon aus, dass es eine Dunkelziffer gibt und die Zahl der Christ_innen, welche von den Behörden aufgegriffen werden, viel höher liegen könnte (*BosNewsLife*, zitiert nach ACCORD, 14. Juni 2017). Im Dezember 2016 waren rund 90 christliche Personen wegen ihren religiösen Tätigkeiten oder ihrem Glauben inhaftiert oder sassen in Untersuchungshaft (USCIRF, 2017).

Konvertierte werden bei Razzien in Hauskirchen, Privathäusern oder an beliebigen anderen Orten festgenommen. Gemäss Zeugenaussagen an *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief* (März 2015) sind Razzien und Festnahmen in Privathäusern von christlichen Personen in Iran weit verbreitet. Personen, die ihren Glauben in Hauskirchen praktizieren, sind laut Angaben einer Quelle in Iran, die über Christ_innen gut informiert ist, gegenüber DRC/DIS systematisch von Razzien betroffen (DRC/DIS, Februar 2018). *BosNewsLife* zufolge haben Sicherheitskräfte allein im Monat August 2016 in mindestens vier Hauskirchen Razzien durchgeführt (zitiert nach ACCORD, Juni 2017). Laut *Mansour Borji* beabsichtigen die Behörden mit solchen Razzien, ein Klima der Angst zu schaffen (DIS, Juni 2014).

Für Konvertierte besteht zudem ein hohes Risiko, an beliebigen Orten verhaftet zu werden. Gemäss dem 2017 gemeinsam von der *Norwegischen Organisation für Asylsuchende* (NOAS), dem *norwegischen christlichen Rat*, der *norwegischen Kirche* und *Stefanus Alliansen* (NOAS, Norges Kristne Råd, Den Norske Kirke und Stefanus Alliansen) publizierten Bericht finden Razzien nicht nur bei spezifisch christlichen Treffen statt. *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief* berichten von einem Mann, der beim Hören christlicher Lieder in seinem Auto verprügelt und mit dem Tod bedroht wurde. Schliesslich wurde er zum Zentralbüro des Nachrichtendienstes in seiner Stadt mitgenommen, festgenommen und zu seinen Bibelbesitz verhört (*Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015). Weitere Quellen berichten beispielhaft von Verhaftungen am Arbeitsplatz, bei Beerdigungen, bei Picknick-Treffen oder an Familienfeiern (CSW zitiert nach DIS, Juni 2014; *Mohabat News*, August 2016; *Mohabat News*, Oktober 2017; *World Watch Monitor*, Oktober 2017).

Bei Razzien in Hauskirchen werden sowohl Kirchenführende als auch reguläre Mitglieder festgenommen. Gemäss Aussagen von *Elam Ministries* an *UK Home Office* im September 2017 werden bei Razzien in Hauskirchen alle Anwesenden festgenommen: sowohl diejenigen, die neu und inaktiv sind, als auch die Kirchenführenden (*UK Home Office*, März 2018). Anderen Quellen zufolge haben die Behörden zwar insbesondere die Kirchenleitenden im Fokus, um die Hauskirchen zu schwächen, jedoch bestehe auch für reguläre Mitglieder das Risiko einer Festnahme (eine anonyme Quelle und *Middle East Concern*, eine Organisation, welche sich für Christ_innen im Nahen Osten und Nordafrika einsetzt, gegenüber DRC/DIS, Februar 2018). Gemäss Aussagen der christlichen Organisation *Open Doors* an *UK Home Office* betrachten die Behörden jede Person, die eine Funktion oder eine bestimmte Verantwortung in einer Hauskirche übernimmt, als Leiter_in. Dies sei zum Beispiel der Fall, wenn eine Person eine Zeremonie in einer Hauskirche für lediglich vier oder fünf Personen organisiert hat (*UK Home Office*, März 2018). Während in den Jahren 2015/2016 Hauskirchen zirka 20 bis 30 Mitglieder umfassten, seien diese mittlerweile viel

kleiner geworden (*Elam Ministries* gegenüber *UK Home Office*, März 2018). Dies hängt laut *Elam Ministries* damit zusammen, dass Kirchenführende festgenommen wurden und somit reguläre Mitglieder die Führungsrolle übernehmen müssten. Die Strukturen der Hauskirchen seien nicht klar festgelegt.

2.3.4 Zwang als Informant_innen zu arbeiten, Überwachung, Repression und prekäre Situation nach Haftentlassung

Als Bedingung für eine Haftentlassung müssen Konvertierte eine Kaution bezahlen, ihren Glauben verleugnen, sich als Informant_innen betätigen und/oder das Land verlassen. Verschiedene Quellen berichten, dass für eine Haftentlassung als Kaution hohe Summen verlangt werden (*Elam Ministries*, zitiert nach ACCORD, Juni 2017; CSW, zitiert nach DIS, 2014; NOAS et al., 2017). *Middle East Concern* nennt Beträge von bis zu 200'000 US Dollar (197'279 CHF, Wechselkurs vom 6. Juni 2018) (DRC/DIS, Februar 2018). Laut NOAS et al. (2017) werden Konvertierte freigelassen und die Anklage zurückgezogen, wenn sie sich bereit erklären, sich als Informant_innen für die Behörden zu betätigen. Auch sei es üblich, eine Erklärung unterschreiben zu müssen, in welcher die konvertierten Personen ihren Glauben verleugnen oder versprechen, keine Hauskirchen mehr zu besuchen, entsprechende Kontakt zu unterhalten oder an weiteren christlichen Aktivitäten teilzunehmen. Wenn jemand für eine zusätzliche Straftat aufgegriffen werde, würden die neuen Anklagepunkte beträchtlich verschärft. Verschiedene Betroffene hätten den Behörden versichern müssen, dass sie das Land verlassen würden (NOAS et al., 2017). Andere Quellen berichten ebenfalls, dass gewisse Betroffene von den Behörden dazu gedrängt wurden, das Land zu verlassen (*Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015; DIS, Juni 2014).

Prekäre Situation: Nach einer Freilassung werden Konvertierte observiert, können ihre Arbeitsstelle verlieren und geraten in eine wirtschaftliche Notlage. Aus Gewahrsam oder Gefangenschaft entlassene Konvertierte werden von Behörden weiterhin beobachtet («monitored») (*Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015). So berichtet eine aus dem Evin-Gefängnis entlassene Person, dass sie insbesondere im ersten Jahr nach der Freilassung von der Polizei permanent überwacht und das Telefon abgehört wurde (*Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015). Konvertierte verlieren gemäss verschiedener Quellen (*Middle East Concern* gegenüber DRC/DIS, Februar 2018; NOAS et al., 2017) nach der Festnahme oft ohne Angabe eines Grundes ihre Stelle. Bei der Beschaffung der erforderlichen Dokumente oder Bewilligungen – um beispielsweise ein eigenes Geschäft zu eröffnen – sind ehemalige Inhaftierte mit grossen Schwierigkeiten konfrontiert. Dies mache es «extrem schwierig, zu überleben» (NOAS et al., 2017). Um die Kaution für die Freilassung zu bezahlen, müssen in manchen Fällen Haus und Eigentum verkauft werden (NOAS et al., 2017). Wenn gemäss *Middle East Concern* eine Person gegen Kaution freigelassen wird und anschliessend flieht, könnten die Behörden den Besitz der Betroffenen beschlagnahmen (*Middle East Concern* gegenüber DRC/DIS, Februar 2018). Diese Faktoren, nebst der grossen Ungewissheit aufgrund eines hängigen Rechtsverfahrens und der Möglichkeit einer erneuten Inhaftierung, veranlasste viele Konvertierte dazu, aus Iran auszureisen (NOAS et al., 2017). Auch wenn die Verhafteten nie offiziell angeklagt wurden, und das Gerichtsverfahren vertagt sei, bestehe für die Betroffenen jederzeit die Gefahr,

dass das Verfahren aufgenommen werde (*Middle East Concern* gegenüber DRC/DIS, Februar 2018).

2.3.5 Strafverfolgung und unfaire Verfahren

Zum Christentum konvertierte Personen werden oft wegen Verbrechen politischer Natur und «Verbrechen gegen die nationale Sicherheit» angeklagt. Konversion ist in Iran nicht explizit als Verbrechen festgelegt (siehe Abschnitt 2.2). Die Justizbehörden greifen auf die nationalen Sicherheitsgesetze zurück, um Konvertierte zu bestrafen (MRG et al., März 2018). *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief* (März 2015) weisen darauf hin, dass diejenigen Christ_innen, welche vor Gericht geführt werden, oft eher aufgrund politischer anstelle explizit religiöser Anklagepunkten verurteilt werden. Auch DRC/DIS (Februar 2018) berichtet, dass Konvertierte normalerweise nicht wegen Apostasie sondern wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit angeklagt werden. Die Anklage basiere normalerweise auf die im Rahmen des vagen und oft missbräuchlich angewendeten Abschnitts «Sicherheitsgesetze» im iranischen Strafgesetzbuch. Verhaftete Christ_innen werden üblicherweise vor Revolutionsgerichte («Revolutionary Courts») geführt. Dabei handelt es sich faktisch um nationale Sicherheitsgerichte (DRC/DIS, Februar 2018; *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015). Gemäss der ehemaligen UN-Sonderberichterstatterin Asma Jahangir (UNHRC, 2017) werden evangelikale Christ_innen von der iranischen Regierung wegen Verbrechen gegen die nationale Sicherheit und Propaganda gegen den Staat angeklagt. Diese «Verbrechen gegen die nationale Sicherheit» sind gemäss *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief* (März 2015) vage und umfassen ein sehr breites Spektrum an Aktivitäten. So können Konvertierte unter anderem wegen Propaganda gegen das System, Absprachen gegen die Regierung durch Versammlungen und Hauskirchen-Zeremonien, Beleidigung des obersten Führers oder des Präsidenten, «Störung des öffentlichen Bewusstseins» oder «Verschwörung mit ausländischen Feinden der Islamischen Republik» angeklagt werden (*Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015).

Unfaire und nicht rechtsstaatliche Verfahren. Im Bericht von *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief* vom Jahr 2015 wird festgehalten, dass für die meisten Christ_innen das Recht auf ein rechtsstaatliches Verfahren verletzt wird. So würden viele Betroffene während Wochen oder Monaten ohne formale Anklage und ohne Zugang zu einem Rechtsbeistand in Haft gehalten. Ihre Aussagen würden vor Gericht nicht zugelassen. Gemäss NOAS et al. (2017) könne es lange dauern, bis Inhaftierte wissen, weswegen sie angeklagt sind und bis es zu einem ordentlichen Gerichtsverfahren komme. Gemäss Article 18 ist es «äusserst wahrscheinlich», dass die Anklagepunkte vor Gericht nicht mehr dieselben sind, welche im früheren Verlauf des Verfahrens – falls überhaupt – gegen die Betroffenen vorgebracht wurden (Article 18 zitiert nach UK Home Office, März 2018). Gemäss Zeugenaussagen an NOAS et al. (2017) wird Konvertierten selten der Zugang zu einem Anwalt gewährt. Diese erhalten oft keinen Zugang zur notwendigen Falldokumentation (NOAS et al., 2017). Nach Einschätzung der in Grossbritannien ansässigen christlichen Organisation *Christian Solidarity Worldwide* (CSW) gibt es zahlreiche Hinweise, dass auch jüngste Gerichtsverfahren gegen Konvertierte nicht fair abliefen (CSW, 2017). Article 18 weist im Interview mit UK Home Office darauf hin, dass einige Per-

sonen für drei Monate und einen Tag inhaftiert werden, damit diese vorbestraft sind (UK Home Office, März 2018).

Konvertierte werden in jüngster Zeit zu besonders hohen Strafen verurteilt. In der Regel belaufen sich die verhängten Strafen gegen Christ_innen auf ein bis acht Jahre Gefängnis (*Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015). Allerdings haben Konvertierte in jüngster Zeit übermäßig hohe Haftstrafen erhalten (Angaben einer *Kontaktperson von Pearl of Persia*, einer Mitgliedsorganisation der iranisch-christlichen aus dem Exil missionierenden *222 Ministries*, in einer E-Mail-Auskunft vom 15. August 2017 an die SFH). CSW und die Initiative *Article 18* stellten seit den jüngsten Präsidentschaftswahlen im Mai 2017 eine besonders hohe Zahl von Konvertierten fest, welche zu übermäßig hohen Haftstrafen verurteilt wurden (CSW, Juli 2017). Allein in den Monaten Mai bis Juli 2017 habe Richter *Ahmadzadeh*, Vorsitzender des 26. Revolutionsgerichts, mindestens 16 Christ_innen zu fünf bis zehn Jahren Gefängnis verurteilt (CSW, 2017). Eine Person sei zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Dabei seien in allen Urteilen die gesetzlich vorgesehenen Strafen überschritten worden.

Urteile mit Todesstrafen gegen Konvertierte und «vom Islam Abgekehrte». Laut Quellen gegenüber dem *Danish Refugee Council* (DRC) und *Danish Immigration Service* (DIS) im Oktober 2017 ist die Todesstrafe wegen dem Tatbestand der Konversion zwar keine übliche Bestrafung in Iran (DRC/DIS, Februar 2018). Verschiedene Quellen gaben DRC/DIS (Februar 2018) aber an, dass in den letzten Jahren dennoch Konvertierte und «vom Islam abgekehrte» Personen zum Tode verurteilt wurden: *Amnesty International* und eine *westliche Botschaft* gaben DRC/DIS (2018) so an, dass *Ali Taheri*, der Gründer der spirituellen Gruppe «*Erfan-e Halgheh*» wegen Konversion vom Islam 2015 zum Tode verurteilt wurde. 2016 wurde er freigesprochen, jedoch gleich wieder angeklagt und im August 2017 wegen «*Spreading Corruption on Earth*» zum Tode verurteilt. Der Fall sei im Oktober 2017 vom *Supreme Court* wieder an eine Vorinstanz für weitere Abklärungen verwiesen worden. *Amnesty International* wies zudem in Bezug auf verurteilte konvertierte Christen hin, dass *Yousef Nadarkhani* im Jahr 2012 zum Tode verurteilt, jedoch später freigelassen wurde. Im Mai 2017 sei er wieder verhaftet und wegen «*Verbreitung von Hauskirchen*» und «*zionistischem Christentum*» zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. *Middle East Consultancy Service* gab gegenüber DRC/DIS (2018) im Zusammenhang mit Verfahren gegen Konvertierte an, dass *Sina Dehghan* im Mai 2016 wegen Durchführung einer Lehrer-Protest-Kampagne und Blasphemie in Online-Schriften zum Tode durch Exekution verurteilt wurde. Die Strafe sei vom obersten Gericht bestätigt worden. In einem weiteren Fall sei *Hesameddin Farzizadeh* im Juni 2015 vom Strafgerichtshof Meshkinshahr in der Provinz Ardabil wegen Apostasie zum Tode verurteilt worden (*Middle East Consultancy Service* gegenüber DRC/DIS, 2018). Im November 2014 wurde *Farzizadeh* bei einer Razzia bei ihm zu Hause von Agenten in Zivil verhaftet und für sein Buch «*From Islam to Islam*» verurteilt. Die Anklage bezüglich der Apostasie bezieht sich auf dieses Buch, welches den schiitischen Islam in Frage stellt.

Konfiszierung von Bibeln und christlichen Texten, unterschiedliche Angaben zu den Konsequenzen des Besitzes einer Bibel. Verschiedene Quellen (USDOS, August 2017; *Mohabat News*, August 2016 und Oktober 2017; DIS, Juni 2014) berichten, dass bei Razziengen Bibeln und christliches Material konfisziert werden. Gemäss der iranisch-christlichen Nachrichtenwebseite *Mohabat News* (August 2016) wird allein der Besitz einer Bibel oder christlichen Materials als Straftat eingeschätzt. Laut Angaben des gemeinsam vom *Danish*

Immigration Service (DIS), Danish Refugee Council und Landinfo publizierten Berichtes (Februar 2013) sollte der Besitz einer Bibel kein Problem darstellen. Wenn jemand jedoch mit mehreren Bibeln erwischt werde, müsse die betroffene Person darüber Rechenschaft ablegen. Wenn die Person schon im Visier der Behörden ist und bereits gegen sie ermittelt wird, könne der Bibelbesitz gegen sie verwendet werden. Laut USDOS (August 2017) müssen Bücher, die von religiösen Minderheiten publiziert werden, ungeachtet ihres Inhalts mit einer Aufschrift versehen werden, die ihre nicht-schiitische Autorenschaft kennzeichnet.

2.3.6 Physische und psychische Misshandlungen

Physische und psychische Misshandlungen gegen Christ_innen in Haft und bei Verhören. Gemäss USDOS (August 2017), NOAS et al. (2017) und *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief* (März 2015) sind Christ_innen in Haft physisch und psychisch schwer misshandelt worden. Zu den Misshandlungen zählen gemäss *Mohabat News* manchmal auch Prügel und Einzelhaft (zitiert nach USDOS, August 2017). NOAS et al. (2017) berichten von konvertierten Personen, die bis zu 75 Tagen in Einzelhaft gehalten wurden. Der Bericht von *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief* (März 2015) schildert anhand von Zeugenaussagen ebenfalls ernsthafte physische und psychische Misshandlungen sowie Einzelhaft bei Verhören von verhafteten Konvertierten. CSW berichtet von Folter und schweren Prügelattacken seitens des Gefängnispersonals sowie von anderen Insassen (CSW, zitiert nach DIS, Juni 2014; siehe auch *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015). Gemäss Zeugenaussagen an NOAS et al. (2017) und *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief* (März 2015) werden Konvertierte in Gefängnissen oft nicht getrennt von Personen festgehalten, welche wegen schwerer Delikte und Gewaltverbrechen verurteilt wurden. Laut Menschenrechtsorganisationen wird Inhaftierten, einschliesslich einigen Christ_innen, von Gefängnisbehörden ärztliche Behandlung vorenthalten (USDOS, August 2017; NOAS et al., 2017; CSW, zitiert nach DIS, Juni 2014). Konvertierten werde bei den Befragungen und in Haft mit Hinrichtungen (NOAS et al., 2017) oder mit sexueller Gewalt gedroht (*Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015). Als Druckmittel werde ihnen gesagt, dass Angehörige krank, Ehepartner_innen untreu seien oder die betagten Eltern auch verhaftet würden (*Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015). CSW und NOAS et al. berichten zudem, dass inhaftierte Konvertierte durch Behörden eingeschüchtert würden, indem ihnen Familienbesuche ohne Begründung verweigert würden (DIS, Juni 2014, NOAS et al., 2017).

Anwendung von Gewalt bei Razzien. Gemäss Zeugenaussagen an NOAS et al. (2017) gehe die Polizei bei Razzien hart und unter Anwendung von Gewalt gegen die Betroffenen und ihre Verwandten vor. Auch *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief* (März 2015) berichten von Gewaltanwendung bei Razzien.

2.4 Schikanen durch staatliche Akteure

Schikanen und Einschüchterung durch Behörden. Laut USDOS (August, 2017) sind insbesondere evangelikale und konvertierte Christ_innen in starkem Ausmass Schikanen und Überwachung durch Behörden ausgesetzt. Konvertierte Christ_innen mit muslimischem Hin-

tergrund und diejenigen, die den Gottesdienst in persischer Sprache durchführen, sind gemäss *Christians in Parliament APPG und APPG for International Freedom of Religion or Belief* (März 2015) den schwersten Schikanen und Übergriffen ausgesetzt. So werde teilweise Besitz und Wohneigentum von Konvertierten von den Behörden enteignet. Auch drohe der Verlust der Arbeitsstelle, wenn die Konversion bekannt wird (*Christians in Parliament APPG und APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015). Konvertierten werden aufgrund ihres Glaubens Zugang zu Bildung verwehrt (USDOS, August 2017). *Christians in Parliament APPG und APPG for International Freedom of Religion or Belief* (März 2015) berichten beispielsweise von einer Frau, die von der Universität suspendiert wurde, nachdem ihre Pastorin vom iranischen Geheimdienst MOIS (*Ministry of Intelligence and Security*) inhaftiert und verhört worden war.

Auch Familienangehörige von konvertierten Personen Ziel von staatlicher Schikane und Drohungen. Verschiede Quellen geben an, dass Familienmitglieder von christlichen Konvertierten Opfer von Schikanen durch staatliche Akteure werden können (*Elam Ministries*, zitiert nach ACCORD, Juni 2017; *Christians in Parliament APPG und APPG for International Freedom of Religion or Belief*, März 2015). *Elam Ministries* berichtet von einem 12-jährigen Jungen, der über seinen Glauben befragt und geschlagen wurde und zusammen mit seinen konvertierten Eltern verhaftet wurde (ACCORD, Juni 2017). Gemäss Angaben der *internationalen Organisation in der Türkei* an das DIS riskieren Familienmitglieder von Konvertierten den Verlust der Arbeitsstelle oder eine Verweigerung des Hochschuleintritts (DIS, Juni 2014). Als weiteres Beispiel werden Eltern fortgeschrittenen Alters erwähnt, die wegen der Konversion ihres Kindes durch staatliche Behörden schikaniert werden. Wenn der Ernährer der Familie verhaftet wird, bringe dies außerdem finanzielle Folgen mit sich mit, zumal grosse Summen Geld als Kaution für die temporäre Freilassung aufgetrieben werden müsste (*Elam Ministries*, 2017, zitiert nach ACCORD, Juni 2017; CSW, zitiert nach DIS, Juni 2014). Diese Beträge werden laut CSW (zitiert nach DIS, Juni 2014) so hoch festgesetzt, um der Familie möglichst hohen finanziellen Schaden zuzufügen. *Christians in Parliament APPG und APPG for International Freedom of Religion or Belief* (März 2015) weisen auf Verwandte von einem ins Ausland geflohenen und von Verhaftung bedrohten christlichen Pastors hin, die fast täglich bedroht wurden und in eine andere Stadt ziehen mussten, weil der MOIS die lokale Gemeinde informierte, dass sie Apostaten seien.

2.5 Ablehnung, soziale Ausgrenzung und Denunziation durch Dritte

Druck, Ablehnung und Bedrohungen und laut einer Quelle sogar Ehrenmorde gegen Konvertierte durch Familienmitglieder. Seitens Familien- oder Gemeindemitglieder sind vom Islam ins Christentum konvertierte Personen mit gesellschaftlichem Druck und Ablehnung konfrontiert (verschiedene Quellen gegenüber DRC/DIS, Februar 2018; CSW, zitiert nach USDOS, August 2017). Aus diesem Grund verheimlichen viele christliche Konvertierte ihre Konversion gegenüber Familienmitglieder (*Amnesty International*, zitiert nach DRC/DIS, Februar 2018). Auch *Mansour Borji* (zitiert nach DIS, Juni 2014) weist darauf hin, dass – während Konvertierte überwiegend von staatlicher Seite verfolgt werden – sie manchmal auch Misshandlungen von familiärer Seite erfahren. Gemäss Angaben einer *internationalen Organisation in der Türkei* gegenüber DIS (Juni 2014) kann eine konvertierte Person von ihrer Familie bedroht werden, beispielsweise wenn ein Familienmitglied eine hochrangige

Funktion bei den Behörden innehat. Laut *Union Church* (zitiert nach DIS, Juni 2014) sind es meist die nahen Verwandten (Eltern und Geschwister), welche die grössten Probleme verursachen, weil die konvertierte Person aus Sicht der Familie eine Schande über sie gebracht habe. Konvertierte würden von den Familien ausgestossen (*Union Church*, zitiert nach DIS, Juni 2014; *Kontaktperson von Pearl of Persia* in einer E-Mail-Auskunft vom 15. August 2017 an die SFH). Schliesslich sei es laut einer Quelle sogar möglich, dass Konvertierte zu Opfern von Ehrenmorden durch Familienmitglieder werden (*Union Church*, zitiert nach DIS, Juni 2014).

Denunziation durch Familienangehörige oder Nachbarn. Laut *Amnesty International* (AI, zitiert nach DIS, Juni 2014) ist das Risiko, welches für Konvertierte von der Familie ausgeht, vom Grad ihrer Religiosität und ihrer Verbindungen zu den Behörden abhängig. Es sei möglich, dass eine konvertierte Person von einem Familienmitglied oder von Nachbarn angezeigt werde (AI; *Mansour Borji*, beide zitiert nach DIS, Juni 2014). Verschiedene im Bericht von DRC/DIS zitierte Quellen schätzen es als eher unwahrscheinlich ein, dass Familienmitglieder eine konvertierte Person bei den Behörden anzeigen (DRC/DIS, 23. Februar 2018). Dies könnte jedoch passieren, wenn eine Person bei der Regierung arbeite oder ihr Status durch die Konversion des Familienmitglieds beeinträchtigt werde (*Middle East Concern*, zitiert nach DRC/DIS, Februar 2018). Viele Familien seien regimetreu und hätten Mitglieder bei der *Basij*¹ innerhalb der Familie. Auch bestehe die Gefahr, dass Kinder Lehrer_innen in der Schule über die bei ihnen Zuhause ablaufenden Aktivitäten informieren (eine anonyme Quelle gegenüber DRC/DIS, Februar 2018).

2.6 Zwang zur Geheimhaltung, Überwachung und Hauskirchen

Anerkannte Kirchen werden streng kontrolliert, keine Taufen und Kirchenbesuche von Konvertierten sind erlaubt. Gemäss *Ahmed Shaheed*, dem ehemaligen UN-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage in Iran, haben die Behörden christlichen Konvertierten muslimischen Hintergrundes verboten, die staatlich anerkannten armenischen oder assyrischen Kirchen zu besuchen (USDOS, August 2017). Wenn diese Kirchen dennoch neue Konvertierte taufen oder Predigten in persischer Sprache durchführen, werden sie geschlossen. Gemäss dem *Iranian High Council for Human Rights* (2016, zitiert nach MRG et al., März 2018) gibt es landesweit nur zwei persischsprachige evangelische Kirchen. Behörden verbieten zudem allen nicht registrierten oder nicht anerkannten christlichen Personen, die Kirchengelände zu betreten (USDOS, August 2017). Kirchen, die diesen Personen den Zugang dennoch erlauben, werden von den Behörden geschlossen, Konvertierte werden verhaftet (USDOS, August 2017). Pfarrer von anerkannten evangelikalen und protestantischen Kirchen müssen ihre Mitglieder auf einer Liste aufführen und dürfen nur diese Personen zulassen, ansonsten riskieren sie eine Verhaftung (*Elam Ministries*, zitiert nach DIS, Juni 2014). Ausserdem werden Kirchen vom *Islamic Revolutionary Guard Corps* (IRGC) kontrolliert und Sicherheitskräfte führen vor religiösen Gebäuden Identitätsprüfungen durch (USDOS, August 2017).

¹ Mehr Infomationen zu Basij: SFH, Iran, Ausstieg aus der Basij, 25. Januar 2013: www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslander/mittlerer-osten-zentralasien/iran/iran-ausstieg-aus-der-basij.pdf.

Christliche Konvertierte müssen ihren Glauben geheim halten und gründen zunehmend Hauskirchen. Christliche Konvertierte sind gezwungen, ihren Glauben heimlich auszuüben und sich in illegalen Hauskirchen zu versammeln (USDOS, August 2017; ACCORD, Juni 2017). Gemäss verschiedenen Quellen gegenüber DRC/DIS (Februar 2018) nimmt die Zahl der Hauskirchen zu.

Hauskirchen gelten als illegal, weil dafür die erforderlichen Bewilligungen nicht erteilt werden oder Hauskirchen eine Gruppe zur Störung der nationalen Sicherheit darstellen. Offizielle Berichte und die Medien kennzeichnen christliche Hauskirchen als «illegale Netzwerke» und «zionistische Propagandainstitutionen» (USDOS, August 2017). Diese Kirchen seien laut der iranischen Regierung illegal weil dafür nicht die erforderlichen Bewilligungen von den Behörden erteilt wurden (ehemaliger Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage in Iran *Ahmed Shaheed*, zitiert nach ACCORD, 14. Juni 2017). Führer von Hauskirchen können wegen Missionierung, Konversion, Apostasie oder wegen des Betriebs einer nicht registrierten Kirche angeklagt werden (*Union Church*, zitiert nach DIS, Juni 2014). Ausserdem kann die Bildung von Gruppen strafbar sein: Gemäss Artikel 498 des iranischen Strafgesetzes kann die Bildung einer Gruppe von mehr als zwei Personen mit dem Ziel, «die nationale Sicherheit zu stören», mit zehn Jahren Gefängnis bestraft werden (AI gegenüber DRC/DIS, Februar 2018). Mitgliedern von Hauskirchen könne somit vorgeworfen werden, wegen illegaler Versammlungen gegen das Gesetz verstossen zu haben (*Mansour Borji*, zitiert nach DIS, Juni 2014). So wurde der christliche Konvertit *Ebrahim Firouzi* im März 2017 zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er eine «Gruppe zur Störung der nationalen Sicherheit» gebildet hatte (DRC/DIS, Februar 2018; ziehe auch MRG et al., März 2018).

Starke Überwachung von religiösen Tätigkeiten, stete Gefahr, dass Konvertierte identifiziert werden. Nach Angaben von USDOS (August 2017) werden religiöse Tätigkeiten vom *Ministry of Culture and Islamic Guidance* und vom *Ministry of Intelligence and Security* (MOIS) überwacht. USDOS gibt an, dass insbesondere evangelikale und konvertierte Christ_innen einem hohen Mass an Überwachung ausgesetzt sind. Gemäss der im DIS-Bericht zitierten *internationalen Organisation in der Türkei* setzen die Behörden auch Spitzel ein, um an Informationen über Konversionen zu gelangen. Ausserdem seien die *Herasat* (Vertreter des Geheim- und Sicherheitsdienstes) an Arbeitsplätzen, Universitäten, staatlichen Organisationen und Schulen anwesend. Falls die *Herasat* eine Konversion in Erfahrung bringen, könnten Angestellte entlassen, beziehungsweise Studierende von der Universität suspendiert werden. Eine Person, die eine bereits überwachte Hauskirche besucht, missioniert oder ihren Glauben mit anderen teilt, gehe das Risiko ein, angezeigt zu werden. Auch wenn jemand unter Personen missioniere, denen er oder sie fälschlicherweise vertraut, könne dies den *Herasat* oder jemandem anders gemeldet werden. Für Konvertierte, die Missionierung als wesentlichen Bestandteil ihres Glaubens erachten, sei dieses Risiko sehr ausgeprägt. Darüber hinaus seien auf lokaler Ebene die *Basij* mit den lokalen Moscheen verbunden und könnten von Personen verlangen, dass sie die Moschee besuchen (DIS, Juni 2014).

Der Islam ist wichtiger Bestandteil der iranischen Kultur, wenn eine Person sich daran nicht beteiligt, fällt dies sofort auf. *Middle East Concern* gab im Oktober 2017 gegenüber DRC/DIS (Februar 2018) an, dass das Konzept der «stillen Christ_innen» («silent Christians») keinen Sinn mache. So seien die Betroffenen gezwungen, ihre eigenen Kinder muslimisch zu erziehen und ihre religiöse Identität zu verleugnen. Man könne sich nicht einfach

nur unauffällig verhalten, sondern müsse oft gegen den eigenen Glauben handeln und die eigene Religion verleugnen. So müsse man im Alltag ständig zu Religion und Glaube Auskunft geben (*Middle East Concern*, zitiert nach DRC/DIS, Februar 2018). Beim Antritt einer Arbeitsstelle, bei der Anmeldung für eine Schule oder der Registrierung für die Aufnahmeprüfung der Universität müsse so oft die Religionszugehörigkeit angegeben werden (*Generalsekretariat von AI* an DIS, Juni 2014). Konvertierte können diese nicht offen deklarieren, da sie befürchten müssen, dass ihre Konversion öffentlich gemacht wird (*Generalsekretariat von AI, Mansour Borji*, beide zitiert nach DIS, Juni 2014). Gemäss einer anonymen *internationalen Organisation in der Türkei* (zitiert nach DIS, Juni 2014) wird beispielsweise in der Sekundarschule erwartet, dass Schüler_innen am gemeinsamen Gebet teilnehmen. Wenn sie nicht mitmachen, können sie die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich ziehen. Wenn ein Kind sich an der Schule nicht islamisch verhalte, werden die Behörden kontaktiert (*Elam Ministries*, zitiert nach DIS, Juni 2014). Auch wenn die Mehrheit der iranischen Bevölkerung nicht sehr religiös sei, seien viele Bräuche und Traditionen muslimisch. Es würde auffallen, wenn sich eine Person nicht daran beteilige und diese würde stigmatisiert werden (*Middle East Concern* an DRC/DIS, Februar 2018). *Amnesty International* weist ebenfalls darauf hin, dass eine Konversion vom sozialen Umfeld («*surrounding community*») aufgedeckt werde, wenn die Betroffenen nicht an islamischen Bräuchen teilnehmen. Viele der sozialen Normen und kulturellen Aktivitäten in Iran seien mit dem Islam verbunden (DRC/DIS, Februar 2018). *Borji* weist darauf hin, dass Konvertierte nicht das Recht haben, ein christliches Leben zu führen und somit als Bürger_innen zweiter Klasse betrachtet werden (DIS, Juni 2014).

Mittels Razzien gelangen die Behörden an Informationen über christliche Netzwerke. Gemäss Zeugenaussagen an *Christians in Parliament APPG* und *APPG for International Freedom of Religion or Belief* (März 2015) wurden viele in Privathäusern durchgeführte Razzien vom iranischen Geheimdienst MOIS orchestriert. Nach Angaben des DIS (Juni 2014) sind die Behörden bei Razzien häufig auf der Suche nach bestimmten Personen, fragen nach spezifischen Details und erhalten so persönliche Angaben über andere Personen innerhalb des Netzwerkes. Auch durch die Konfiszierung von Computern und Mobiltelefonen während solcher Razzien versuchen die Behörden, möglichst viele Informationen über christliche Netzwerke zu sammeln (DIS, Juni 2014). NOAS et al. (2017) berichten in diesem Zusammenhang, dass sogar elektronische Kinderspiele beschlagnahmt und die Anwesenden gezwungen wurden, ihre Zugang-Codes zu den elektronischen Geräten und sozialen Medien anzugeben.

Überwachung und Infiltration von Hauskirchen durch Informat_innen. Zwar sei es für die iranischen Behörden schwierig, Hauskirchen zu kontrollieren, da sie verstreut und unstrukturiert seien (verschiedene Quellen an DRC/DIS, Februar 2018). Die Behörden würden aber gegen die Ausbreitung von Hauskirchen vorgehen und diese überwachen. Dabei setzen sie Informant_innen ein, die sich als Konvertierte ausgeben und so Hauskirchen infiltrieren (*Middle East Concern* an DRC/DIS). Diese Informant_innen würden von den Behörden identifiziert und ausgewählt (*eine anonyme Quelle* und *eine Quelle in Iran, die über Christ_innen gut informiert ist*, zitiert nach DRC/DIS, Februar 2018). *Einer anonymen Quelle* zufolge besteht eine Strategie der Behörden darin, Mitglieder einer Hauskirche zu observieren oder festzunehmen und anschliessend wieder freizulassen um sie so als Informant_innen einzusetzen (DRC/DIS, Februar 2018). Mit den Informationen über diese Personen könnten die Behörden gemäss der gleichen Quelle Druck auf sie ausüben. Wird eine Hauskirche überwacht, möchten die Behörden in erster Linie Informationen über ihre Mitglieder erhalten, weshalb sie nicht sofort einschreiten (*eine anonymen Quelle* und *Elam*

Ministries, beide zitiert nach DRC/DIS). Wenn die Person ihre christlichen Aktivitäten weiterführt, erhöhen die Behörden den Druck: Zuerst wird die Person zu einer Befragung vorgeladen und wieder freigelassen, später erhält sie Telefonanrufe (*Elam Ministries* an UK Home Office, März 2018). Es hängt von den Aktivitäten der Hauskirche sowie der Grösse der Gruppe ab, ob die Behörden Massnahmen ergreifen (AI gegenüber DRC/DIS, Februar 2018).

Telefon- und Internet-Überwachung. Aktivist_innen von ethnischen und religiösen Minderheiten, so wie Mitglieder von bekannten politischen Gruppen werden andauernd offline und online überwacht (*Article 19*, eine auf Medienfreiheit spezialisierte und im Vereinigten Königreich ansässige Organisation, zitiert nach ACCORD, 12. Juni 2017). Laut Angaben verschiedener Organisationen an das DIS (*Elam Ministries, Generalsekretariat von AI, internationale Organisation in der Türkei*; Juni 2014) wird das Internet in Iran von den Behörden kontrolliert. Die iranischen Behörden kontrollieren die private Online-Kommunikation und sammeln «persönlich identifizierbare Informationen» in Bezug auf den Glauben der Bürger_innen (USDOS, April 2018). So können die Behörden durch Telefon- und Internetüberwachung an Angaben über mögliche getaufte Personen gelangen (*Elam Ministries*, zitiert nach DIS, Juni 2014). Viele Webseiten mit christlichem Inhalt werden gefiltert oder blockiert. Auch Internet-Cafés werden streng überwacht. Schlüsselwörter wie «Kirche», «Jesus», «christlich» oder «Taufe» seien Auslöser elektronischer Überwachung (*Middle East Concern* an DRC/DIS, Februar 2018).

3 Gefährdung von Konvertierten bei einer Rückkehr in den Iran

3.1 Gefährdung von Konvertierten bei einer Rückkehr

Viele angehende Christ_innen müssen ins Ausland reisen, um sich dort taufen zu lassen. Der Bericht einer *Fact-Finding-Mission* des *Danish Immigration Service* (DIS) vom Jahr 2014 beschreibt, basierend auf verschiedenen Aussagen, die Situation von iranischen Staatsangehörigen, die im Ausland – der Türkei, Armenien, Europa oder anderswo – zum Christentum übergetreten sind. Gemäss *Mansour Borji*, Sprecher der Initiative *Article 18*, gegenüber DIS führen iranische Kirchen seit 2006/2007 aus Angst keine Taufen für zukünftige Konvertierte mehr durch. Angehende Christ_innen würden als Konsequenz ins Ausland reisen, um sich taufen zu lassen. Einige Hauskirchen würden in Iran aber möglicherweise noch Taufen durchführen (DIS, Juni 2014).

Zurückkehrende Konvertierte sind gefährdet, wenn ihre Konversion aufgedeckt wird. Falls die Person unentdeckt bleibt, hat sie nicht die Freiheit, ihren Glauben auszuüben. Nach übereinstimmenden Angaben einer Vielzahl von Quellen sind rückkehrende Konvertierte gefährdet, wenn ihre Konversion den Behörden bekannt ist oder entdeckt wird (*Amnesty International* und *Middle East Concern* an DRC/DIS, Februar 2018; E-Mail-Auskünfte einer Vertreterin von *Elam Ministries* sowie einer Kontaktperson von *Pearl of Persia*, beide vom 15. August 2017; CSW, *Elam Ministries, internationale Organisation in der Türkei, Union Church*; alle zitiert nach DIS, Juni 2014). Nach Angaben von *Amnesty International* gegenüber DRC/DIS (Februar 2018) werden nach einem negativen Asylentscheid zurückkehrende iranische Konvertierte von den Behörden verhört. *Amnesty Interna-*

tional (DRC/DIS, Februar 2018) gibt an, dass es problematisch sei, wenn die Rückkehrenden angeben würden, dass sie im Ausland konvertiert hätten. Dies würde generell als Vergehen gegen die nationale Sicherheit gewertet. Die Betroffenen würden in der Folge strafverfolgt. Gemäss verschiedener Kontaktpersonen (E-Mail-Auskünfte einer *Vertreterin von Elam Ministries* sowie einer *Kontaktperson von Pearl of Persia*, beide vom 15. August 2017) hat eine zum Christentum konvertierte Person, die bei ihrer Rückkehr von den Behörden unentdeckt bleibt, nicht die Freiheit, ihren Glauben auszuüben. Sie müsste ihren Glauben geheim halten, damit die Behörden nicht auf sie aufmerksam werden und die Konversion nicht aufgedeckt wird (*Mansour Borji, Elam Ministries, internationale Organisation in der Türkei, Union Church, CSW*; alle zitiert nach DIS, Juni 2014). Auch *Middle East Concern* (DRC/DIS, Februar 2018) gibt an, dass rückgekehrte Konvertierte identifiziert und zum Ziel der Behörden werden, wenn sie beispielsweise eine Kirche besuchen würden. Die Person würde mit der Tatsache leben, dass ihre Konversion jederzeit entdeckt werden kann (E-Mail-Auskunft einer *Vertreterin von Elam Ministries* vom 15. August 2017 an die SFH). Wenn eine Person ihren Glauben offen ausübe, habe dies eine ernsthafte Gefährdung zur Folge (E-Mail-Auskunft einer *Kontaktperson von Pearl of Persia* vom 15. August 2017; CSW, *Elam Ministries*, beide zitiert nach DIS, Juni 2014). Dies sei auch der Fall, wenn der Glaube erst nach einer langen Pause nach der Rückkehr offen praktiziert wird (E-Mail-Auskunft einer *Kontaktperson von Pearl of Persia* vom 15. August 2017). Nach Angaben zweier Quellen sei es für rückkehrende Konvertierte oft schwierig, ihren Glauben geheim zu halten, da das Umfeld die Veränderung bemerke (E-Mail-Auskunft einer *Kontaktperson von Pearl of Persia* vom 15. August 2017; *Elam Ministries*, zitiert nach DIS, Juni 2014). Aktive Missionierung sei zudem oft ein wesentlicher Bestandteil des Glaubens der Konvertierten. Gemäss Angaben der in Grossbritannien ansässigen christlichen Organisation CSW an das DIS ist die zurückkehrende Person auch gefährdet, wenn sie nicht aktiv missioniert, da sie aus Sicht der Behörden insofern eine Bedrohung darstellt, dass sie den Glauben – den schiitischen Islam – verlassen hat (DIS, Juni 2014).

Trotz Widerruf der Taufe ist laut Quelle eine Gefährdung möglich. Nach Angaben von *Union Church* gegenüber DIS (Juni 2014) sind im Ausland getauft Rückkehrende nicht weniger gefährdet, wenn sie ihre Taufe widerrufen und angeben, dass dies Teil einer Strategie gewesen sei, um in den Westen zu kommen. Dies würde für die eigenen Familien funktionieren, aber nach Einschätzung der Quelle möglicherweise nicht bei den staatlichen Behörden.

Die Gefährdung von zurückkehrenden Konvertierten kann von verschiedenen weiteren Faktoren verstärkt werden. Gemäss Aussagen des Generalsekretariats von *Amnesty International* (AI) an das DIS ist es schwierig, Informationen über die möglichen Risiken bei einer Rückkehr in den Iran nach einer Konversion im Ausland zu erhalten (DIS, Juni 2014). Laut E-Mail-Auskunft einer *Vertreterin von Elam Ministries* vom 15. August 2017 an die SFH sowie weiteren Quellen hängt die Situation für in den Iran rückkehrende Konvertierte von verschiedenen Faktoren ab:

- **Aktive und offene Äusserung des Glaubens im In- und Ausland.** Es kann laut verschiedenen Quellen eine Rolle spielen, wie aktiv und offen rückkehrende Konvertierte sich über ihren Glauben sowohl im Inland als auch im Ausland äussern oder geäussert hatten (*Middle East Concern* an DRC/DIS ,Februar 2018; E-Mail-Auskunft einer *Vertreterin von Elam Ministries* vom 15. August 2017).

- **Äusserung in sozialen Medien.** Auch könne es die Aufmerksamkeit der Behörden wecken und zu Überwachung oder Verhaftung führen, wenn man die Konversion in sozialen Medien preisgebe (*westliche Botschaft* und *Middle East Concern* an DRC/DIS, Februar 2018).
- **Kenntnis der iranischen Behörden vor Abreise.** Eine Person könne zudem gefährdet sein, wenn sie bereits vor ihrer Ausreise den iranischen Behörden bekannt war (E-Mail-Auskunft einer Vertreterin von *Elam Ministries* vom 15. August 2017; *Mansour Borji*, zitiert nach DIS, Juni 2014).
- **Angehörige oder Bekannte mit Verbindung zu iranischem Staat.** Weiter könne gemäss E-Mail-Auskunft einer Vertreterin von *Elam Ministries* relevant sein, ob und inwiefern Familienangehörige oder Personen aus dem Freundeskreis Verbindungen zur Regierung haben. *Mansour Borji* erwähnt ebenfalls, dass teilweise Verwandte oder weitere Personen rückkehrende Konvertierte den Behörden melden (DIS, Juni 2014).
- **Existierende und den Behörden zugängliche Belege einer Taufe.** Nach Angaben von *Middle East Concern* gegenüber DRC/DIS (Februar 2018) gebe es durch eine erfolgte Taufe einer Person oft stichhaltige Beweise der Konversion zum Christentum. So existieren oft Zertifikate, Fotos und weitere Belege. Solche Belege könnten für die Betroffenen nach der Rückkehr in den Iran zu einem Problem werden, wenn die Behörden diese entdecken. Nach Einschätzung einer anderen Quelle würden Fotos im Internet, die auf eine Konversion hindeuten, von den iranischen Behörden überprüft und nur bei einer Verbindung zum Christentum bereits vor der Ausreise zu einer Strafverfolgung führen (*anonyme Quelle* gegenüber DRC/DIS, Februar 2018).
- **Verbindungen zu anderen Gläubigen oder Netzwerken im Ausland.** Ausserdem laufe eine Person Gefahr, wenn sie beispielsweise mit anderen Gläubigen in Verbindung gebracht wird oder Verbindungen zu Netzwerken ins Ausland aufweist (*Union Church*, *Elam Ministries*, *internationale Organisation in der Türkei*, alle zitiert nach DIS, Juni 2014) Laut *Amnesty International* (DRC/DIS, Februar 2018) reagierten die Behörden in den letzten zwei Jahren sehr sensibel, wenn iranische Staatsangehörige Verbindungen ins Ausland aufweisen. Nach Angaben von *Amnesty International* ist auch zu berücksichtigen, wie iranische Behörden Konvertierte wahrnehmen. So sei es möglich, dass Rückkehrende von den iranischen Behörden aufgrund ihrer Teilnahme an Weiterbildungen und Veranstaltungen im Ausland als Konvertierte eingestuft werde, obwohl sie nicht offiziell getauft wurden (*Generalsekretariat* von AI gegenüber DIS, Juni 2014).
- **Erregung von Aufmerksamkeit als abgewiesene Asylsuchende.** Gemäss Angaben einer *Organisation in der Türkei* an NOAS et al. (2017) reicht allein die Tatsache, als «abgewiesene Asylsuchende» in den Iran zurückzukehren, oft aus, um die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zu lenken.
- **Dauer des Auslandaufenthalts.** Schliesslich kann laut *Elam Ministries* auch die Dauer des Aufenthalts im Ausland eine Rolle spielen. Personen, die erst nach längerer Zeit zurückkehrten, könnten eher von den Behörden der Spionage verdächtigt werden (DIS, Juni 2014).

Keine Unterschiede in der Behandlung durch die Behörden, ob eine Person im Ausland oder in Iran getauft, beziehungsweise konvertiert hat, oder ob Konvertierte überhaupt getauft sind. Gemäss *Elam Ministries* (zitiert nach DIS, Juni 2014) ist die Situation einer Person, welche in Europa konvertiert hat und wieder zurückkehrt, gleich wie diejenige einer Person, welche in Iran konvertiert hat. Wenn die Konversion aufgedeckt und den Behörden bekannt wird, wird diese Person verdächtigt, mit ausländischen Organisationen zu verkehren – dies gilt für eine Konversion sowohl im nahen Ausland als auch in westlichen Ländern. Sowohl die im DIS-Bericht zitierte *internationale Organisation in der Türkei* als auch *Mansour Borji* und CSW betonen, dass es bezüglich der Behandlung durch die iranischen Behörden keine Rolle spielt, ob eine rückkehrende Person im nahen Ausland, Europa oder den USA konvertiert ist. Gemäss Aussagen einer anonymen Quelle sowie *Amnesty International* an DRC/DIS (Februar 2018) spielt es keine Rolle für die iranischen Behörden, ob eine konvertierte Person tatsächlich getauft sei. Auch die *ausländische Person, die Kontakte zu Christ_innen in Iran hat*, bezweifelt, dass für die iranischen Behörden entscheidend sei, ob die Person getauft sei oder nicht (DRC/DIS, Februar 2018).

Konkrete Beispiele von Verhaftungen und Verfolgungsmassnahmen gegen rückkehrende Konvertierte. Der 2017 von NOAS et al. publizierte Bericht enthält Zeugenaussagen von zwei konvertierten Personen, die von Norwegen in den Iran zurückgekehrt sind. Beide Personen zeigen das gleiche Muster in Bezug auf ihre Erfahrungen bei der Rückkehr auf: Unmittelbar nach dem Verlassen des Flughafens wurden beide zum Verhör abgeführt. Eine Person wurde von mehreren Personen in Zivil in ein Auto gedrängt, ihr wurden die Augen verbunden und sie wurde zu ihrer Konversion zum Christentum verhört. Die andere Person schildert die Ereignisse ähnlich. Beide wurden lange Zeit in Einzelhaft gehalten und verhört. Eine Person wurde gezwungen, stundenlang aufrecht zu stehen. Beide wurden erniedrigt und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Beide Personen wurden beschuldigt, dem Islam abgeschworen zu haben und den iranischen Staat zu untergraben. Es wurde ihnen mit Massnahmen gegen ihre Familien gedroht. Eine Person wurde wiederholt abgeführt, um angeblich hingerichtet zu werden. Die Hinrichtung sei jeweils in letzter Minute abgesagt worden. Beiden Personen wurde angeboten, dass man sie gehen lassen würden, wenn sie sich als Informanten für die Behörden betätigen würden (NOAS et al., 2017). Eine Person hatte bereits vor ihrem Aufenthalt in Haft medizinische Probleme, welche von den sie festhaltenden Behörden aber nicht berücksichtigt wurden. Eine Person schätzt, dass sie rund sieben Wochen in Haft gesetzt war, die andere Person geht von rund zwei Monaten aus. Beide glauben, dass sie nur Dank Beziehungen zu Personen innerhalb des Systems sowie der Zusage, sich als Informanten zu betätigen, aus der Haft entlassen wurden (NOAS et al., 2017).

Mansour Borji verweist gegenüber DIS (Juni 2014) auf eine Familie, welche in den Iran zurückgekehrt ist und heimlich eine Hauskirche besucht hatte. Nach ihrer Rückkehr in den Iran wurde die Familie bedroht, überwacht und schikaniert. Die Familie sei schliesslich davon ausgegangen, dass sie von Verwandten oder anderen Personen bei den Behörden denunziert wurden. Schliesslich entschied sich die Familie, den Iran wieder zu verlassen. *Elam Ministries* (zitiert nach DIS, Juni 2014) berichtet von verschiedenen, ihnen bekannten Fällen von Verhaftungen unmittelbar nach der Rückkehr aus der Türkei, wo sich die Personen für Weiterbildungen aufgehalten hatten. Die Festnahmen können gemäss *Elam Ministries* bereits am Flughafen, auf der Strasse nach der Grenzüberquerung oder einige Tage nach der Rückkehr geschehen. So seien in den letzten drei Jahren seit dem Bericht (2014) mehr als 500 Personen mit Verbindungen zu *Elam Ministries* verhaftet und befragt worden, alleine im

Jahr 2013 lag diese Zahl bei 200. *Elam Ministries* meint, dass die iranischen Behörden Agent_innen in der Türkei und Kenntnisse über die Tätigkeiten von *Elam Ministries* hätten.

Eigene Familie kann rückgekehrte Konvertierte als Gefahr für Wohl der Familie wahrnehmen. Gemäss Einschätzung gegenüber DRC/DIS (Februar 2018) durch eine ausländischen Person, die Kontakte zu Christ_innen in Iran hat, müssen Konvertierte, die als abgewiesene Asylsuchende aus Europa in den Iran zurückkehren, mit Problemen rechnen, wenn sie ihren Familien darüber informierten, dass ihr Asylgrund im Ausland eine Konversion war. Auch wenn sich die Betroffenen unauffällig verhielten, könnten sie Probleme mit den eigenen Familien bekommen, da diese davon ausgehen, dass die Person die Familie in Schwierigkeiten bringe. Allerdings sei laut dieser Quelle in der Regel nicht davon auszugehen, dass die Familien die betroffene Person den Behörden melde.

3.2 Überwachung im Ausland

Berichte über Überwachung sowie über iranische Agent_innen im Ausland. Nach Einschätzung von *Amnesty International* gegenüber DRC/DIS (Februar 2018) sind die iranischen Behörden auch im Ausland sehr aktiv in der Überwachung ihrer Staatsangehörigen. Verschiedene Quellen im DIS-Bericht vom Jahr 2014 berichten von Überwachung in der Türkei, beispielsweise durch die Anwesenheit von Agent_innen und Informant_innen in Kirchen (*Generalsekretariat von AI, internationale Organisation in der Türkei, Elam Ministries*, alle zitiert nach DIS, Juni 2014). Das *Generalsekretariat von AI* berichtet von einem iranischen Doktoranden in Belgien, der bei einem Ferienaufenthalt in Iran vom Geheimdienst vorgeladen wurde und angeblich aufgefordert wurde, iranische Studierende in Belgien auszuspionieren. Als er dies verweigerte, wurde er gemäss *Amnesty International* zu sechs Jahren Gefängnishaft wegen des «Handelns gegen die nationale Sicherheit durch Kommunikation mit feindlichen Regierungen» verurteilt (DIS, Juni 2014).

Überwachung von sozialen Medien. Verschiedene Quellen (*Middle East Concern* und *anonyme Quelle* an DRC/DIS, Februar 2018) weisen darauf hin, dass die Bekanntmachung der Konversion auf Facebook im Ausland sehr wahrscheinlich zu einer Überwachung durch die iranischen Behörden führt. NOAS et al. berichten von zwei konvertierten Personen, die unmittelbar nach ihrer Rückkehr in den Iran befragt und verhaftet wurden. Die Polizei sei überraschend gut über ihre Aktivitäten auf sozialen Medien in Norwegen informiert gewesen. Auch habe sie sich für die norwegischen Telefonnummern und Namen auf dem Mobiltelefon einer der betroffenen Personen interessiert (NOAS et al., 2017).

In Deutschland wurden verschiedene Spionagefälle der iranischen Behörden aufgedeckt und verurteilt. Gemäss dem *deutschen Verfassungsschutzbericht* vom Juli 2017 ist das iranische MOIS (*Ministry of Intelligence and Security*) Hauptakteur der gegen Deutschland gerichteten Aktivitäten. Die Ausspähung und Bekämpfung oppositioneller Bewegungen im In- und Ausland sei die zentrale Aufgabe des iranischen Nachrichtendienstapparates. Im Juli 2016 und März 2017 wurden zwei Personen vom Berliner Kammergericht zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und vier Monaten beziehungsweise vier Jahren und drei Monaten wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit für den Iran in Deutschland verurteilt. Diese Personen hatten für das MOIS beziehungsweise für die iranische Quds Force (militärische Spezialeinheit) die iranische Exilopposition in Deutschland ausgespäht. Die Legalresidentur des MOIS in der iranischen Botschaft in Berlin richtet sich dem *Verfassungsschutzbericht*

zufolge hauptsächlich gegen Ziele in Deutschland, jedoch vereinzelt auch gegen Personen oder Einrichtungen im weiteren Europa.

Auch in der Schweiz stehen Exilgemeinschaften im Visier der Nachrichtendienste ihrer Heimatländer. Laut Geschäftsbericht des Schweizerischen Bundesrates vom Jahr 2016 (*Schweizerische Bundeskanzlei*, 14. Februar 2018) wird in der Schweiz verbotener Nachrichtendienst betrieben. Insbesondere Spionage mit elektronischen Mitteln hat laut Bundesrat ein grosses Ausmass angenommen. Der Bericht betont, dass auch ausländische Vertretungen und internationale Organisationen Ziel von verbotenem Nachrichtendienst seien. Exilgemeinschaften sind dabei im Visier der Nachrichtendienste ihrer Heimatländer.

4 Quellen

ACCORD, 14. Juni 2017:

«Sources note that Protestant “house churches” are illegal in Iran (RNZ, 23 December 2016; HRC, 26 May 2016, p. 17). In his May 2016 report to the UN Human Rights Council (HRC), the (then) UN Special Rapporteur on the situation of human rights in the Islamic Republic of Iran, Ahmed Shaheed, quotes the Iranian government as saying that the running of house churches is illegal since they have not obtained the necessary permits from the authorities (HRC, 26 May 2016, p. 17). (...)»

2) Situation/rights of practising Christians (including the situation of Christians after the closure of Assemblies of God [AOG] church (...)

BosNewsLife, a Budapest-based Internet news agency covering issues relating to persons of Christian and Jewish faith worldwide, quotes a number of human rights groups as reporting on the treatment of Christians in Iran: (...)

Between May and August 2016 security forces arrested at least 79 Christians, according to activists, family members and friends. ‘The majority of those arrested were interrogated and detained for periods ranging from a few days to months.’ the groups said. ‘At the time of writing some of these 79 Christians remain in detention and have still not been formally charged.’ **Rights groups say ‘the true number of Christians apprehended by the authorities could be notably higher’ as ‘many’ arrests would have gone unreported.** In 2012, Iran’s government began to bar converts from Muslim backgrounds from attending services in official churches. **Instead Christian converts ‘are forced’ to gather in informal groups known as ‘house churches’,** the activists said. ‘These gatherings are considered illegal by authorities and are often raided. In August 2016 alone security agents allegedly raided at least four house churches and the house church members were arrested and interrogated.’ (...)

3) Treatment by state authorities of Christian converts’ family members

A representative of Elam Ministries, in an email response of March 2017, notes the following with regard to the treatment of family members of Christian converts by state authorities:

"We can certainly confirm that family members of Christians (especially Christian converts) are not spared suffering. For example, in one case of a house raid and arrest of a Christian couple perpetrated by Iran's Ministry of Intelligence (MOI) in July 2014, the 12-year old son of the couple was at home during the house raid. He was hit by the officers while being questioned about his own faith. He was also arrested along with his parents. Further, we have heard examples of elderly parents being harassed regarding their child's conversion to Christianity." (Elam Ministries, 28 March 2017) (...)

The March 2017 email response by Elam Ministries notes that family members of imprisoned Christians are also affected in ways other than direct actions by state actors:

"Of course the family members of those in prison for their faith suffer deeply through loss of their loved one. For example, Pastor Farshid Fathi was in prison for 5 years between 2010 and 2015. His son was about 1 years old when his father was imprisoned for his faith. He was without his father for over 5 years and had no memory of his father when he was finally released. Many families also suffer financially when the primary breadwinner is imprisoned. For example, Ebrahim Firouzi is currently imprisoned for his faith in Rajai Shahr prison (Karaj) and his sister and mother are struggling financially because he was the primary breadwinner for the family. Families suffer severely financially in other ways. Extortionate bail sums are demanded for the temporary release of Christian detainees.» Quelle: Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation (ACCORD), Query response on Iran: House churches; situation of practising Christians; treatment by authorities of Christian converts' family members, 14. Juni 2017: www.ecoi.net/local_link/342012/486058_de.html.

ACCORD, 12. Juni 2017:

«Article 19 reported in 2 July 2015:

"According to the findings of this study, ethnic and religious minority activists (the Bahá'í's and the Dervishes more than others), as well as members of known political groups, are kept under constant offline and online surveillance. This is intended both to control and suppress those activities of members of these groups that may lead to their recognition, and it is often carried out by special units of the intelligence services dedicated to monitoring minority activists. Methods used by the authorities include continuous blocking of websites, as well as ordering hosting providers to remove data and stop providing services to particular groups." (Article 19, 2 July 2015, p. 24)» Quelle: Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation (ACCORD), Query response on Iran: Capacity and methods of authorities to monitor online activities and religious activities of Iranians living abroad, 12. Juni 2017: www.ecoi.net/local_link/342092/486063_de.html.

Bundesministerium des Inneren (Deutschland), Juli 2017:

«Die Ausspähung und Bekämpfung oppositioneller Bewegungen im In- und Ausland bleibt die zentrale Aufgabe des iranischen Nachrichtendienstapparates. Darüber hinaus beschaffen die Dienste im westlichen Ausland Informationen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Hauptakteur der gegen Deutschland gerichteten Aktivitäten ist weiterhin das Ministry of Intelligence (VAJA, zumeist MOIS abgekürzt). In seinem Fokus stehen insbesondere die „Volksmodjahedin Iran-Organisation“ (MEK) und ihr politischer Arm, der „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI). Daneben belegen nachrichtendienstliche Aktivitäten im In- und Ausland ein anhaltendes Aufklärungsinteresse des MOIS in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik. (...)

Daneben hat die Legalresidentur des MOIS an der Iranischen Botschaft in Berlin eine wichtige Funktion bei der nachrichtendienstlichen Ausspähung. Zu ihren Aufgaben zählt neben der Durchführung eigenständiger nachrichtendienstlicher Operationen die Unterstützung zentral gesteuerter Aktivitäten der MOIS-Zentrale. Diese richten sich hauptsächlich gegen Ziele in Deutschland, vereinzelt aber auch gegen Personen oder Einrichtungen im europäischen Ausland. (...)

Am 27. März 2017 verurteilte das Kammergericht Berlin einen 31-jährigen pakistani-schen Staatsangehörigen zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit. Der Verurteilte stand seit dem Jahr 2011 in Kontakt zu einer Person, die der iranischen Quds Force angehört und dort für nachrichtendienstliche Aufklärungsaktivitäten in Europa zuständig ist. In deren Auftrag hatte er spätestens seit Juli 2015 eine Wirtschaftshochschule und einen dort tätigen Professor in Paris sowie den damaligen Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) in Berlin gegen Zahlung eines Agentenlohns ausgeforscht. Gegen ihn war am 5. Juli 2016 Haftbefehl erlassen und Untersuchungshaft angeordnet worden. Ausgangspunkt hierfür waren die Ergebnisse vorausgegangener nachrichtendienstlicher Maßnahmen des BfV.

Am 19. Juli 2016 verurteilte das Kammergericht Berlin einen 32-jährigen iranischen Staatsangehörigen zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und vier Monaten wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit. Er hatte für das MOIS zahlreiche und umfassende Informationen über die MEK und den NWRI beschafft. Das Verfahren gegen einen ebenfalls angeklagten iranischen Staatsangehörigen wurde am 10. Juni 2016 unter Auflagen eingestellt.» Quelle: Bundesministerium des Inneren, Verfassungsschutzbericht 2016 (Deutschland), Juli 2017, S. 274-277: www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2017/07/vorstellung-verfassungsschutzbericht-2016.html.

Center for Human Rights in Iran, 4. Januar 2016:

«Borji noted that in the past ten years it has become common for security agents to arrest Christian converts in various cities around Christmas. “By making these arrests around this time the government hopes to intimidate converts by threatening them with heavy punishments... so that they would either leave the country or stop their [religious] activities.”» Quelle: Center for Human Rights in Iran, Persecution of Christian Converts Continues under Rouhani, 4. Januar 2016: www.iranhumanrights.org/2016/01/maisam-hojati-isfahan-christian-convert-arrested/.

Christians in Parliament APPG und APPG for International Freedom of Religion or Belief, März 2015:

«The Inquiry heard that the persecution of Christians in Iran has not diminished since Hassan Rouhani took the presidential office, despite his pre-election promises of greater respect for human rights. (...) Christians continue to be arbitrarily arrested and interrogated because of their faith-related activities. They continue to be treated harshly, with some facing severe physical and psychological torture during periods of detention. The judiciary continues to construe legitimate Christian activities (such as meeting in private homes for prayer meeting and bible studies, or being in contact with Christians outside of Iran) as political activities that threaten the national security of Iran. Therefore Christians continue to be issued long prison sentences and/or corporal punishment. Churches continue to be pressured into ceasing all services or activities in the national language of Persian (Farsi), or are closed down. Property belonging to Christians has continued to be seized, and Christians continue to face discrimination in the workplace and in educational institutions. «There has been no substantive change in Iran's human rights record since the election of President Rouhani; in fact by some indicators you could argue that things have gotten worse.» Ajay Sharma, Foreign and Commonwealth Office, Westminster hearing, 2 December 2014. (...)

The panel gathered evidence of continued widespread and targeted persecution of Christians in Iran under Rouhani. The most severe abuse is faced by Christians who have converted from a Muslim background, and those who engage in ministry among Persian-speaking people of a Muslim background. However, restrictions and discrimination are faced by all Christians. (...)

Iran's non - tolerance of conversion from Islam (apostasy) was articulated publicly in October 2014 by Ali Younesi, Rouhani's senior advisor on Ethnic and Religious Minority Affairs. During an interview with the conservative news agency, Fars , Younesi declared that " Converting to different sects is illegal in our country" and also that evangelism is illegal for minority faith groups. It has long been known that Iran does not tolerate conversion to minority faiths, nor evangelism, but this interview is the most recent, direct and public affirmation of these policies from a senior figure. (...)

«If you talk to anyone, they are very careful about phones. They know they can't send emails or Skype... they have to be very careful about where they meet, how they meet... everyone says the same story. The constant theme is pressure.» David Yeghnazar, Elam Ministries, Westminster hearing, 2 December 2014

The Inquiry heard that following release from detention or imprisonment, Christians often continue to be monitored and harassed: «The first year [following my release from Evin prison] was so hard because we could see police around our home, and we could hear they were listening to our telephone. The first year was very hard. I think that they really wanted to show us that they are still checking us. Many times when we were going out, we could see they were near to our house.» Sara Akhavan Fard, Westminster hearing, 16 December 2014.

Often the MOIS particularly target Christian leaders, but family members of the individual can also find themselves targeted for harassment. For example, threats were faced for many years by a Christian internet pastor called Farhad, according to Elam Ministries. Farhad had learnt that the MOIS knew about his involvement in the distribution of Christian scriptures and books, which would provoke a harsh punishment. After a Christian friend of

his was arrested and interrogated, Farhad feared he too would soon be arrested, and he decided to leave Iran. Following Farhad's departure, Farhad's elderly mother, and his sister and brother-in-law have continued to face threats on an almost daily basis. They have also had to relocate to another city because agents of MOIS informed the local community that they are 'apostates' from Islam. (...)

Witnesses testified that raids on private homes of Christians, and subsequent arrests and detentions, are widespread in Iran. These raids are most often reported to have been orchestrated by agents of MOIS, and can sometimes involve violence. (...)

4.6. Arrests and arbitrary detention

Christians are often arrested in private homes following house raids and taken to detention centres or prison for interrogation. However this is not always the case. The Inquiry heard Yaghoob explain how he was arrested in July 2014:

I was listening to Christian songs in my car, when all of a sudden, a car pulled in front of me. There were four people dressed in black. They all got out of the car. They opened the door of my car, and took me to their own car... The person who had been standing further back opened the door and sat next to me in the car, and started hitting me. They were asking me continuously, 'Where are the New Testaments?' As he was hitting me, he would keep asking the same question over and over... He would threaten me, saying, 'I will kill you.' Yaghoob, video testimony, filmed 26 November 2014.

Yaghoob was detained and interrogated for many weeks following his arrest. (...)

Interrogations of Christian detainees or prisoners are most often perpetrated by agents of the MOIS. Detainees often endure sessions of interrogation that last many hours, and face regular sessions across many days or weeks, in between which they are generally held in solitary confinement. (...)

The methods of interrogations in jail have become harsher. In several cases, Christians were seriously physically and mentally abused, including threats of execution.

«They took me to the central intelligence office in our city. Then they started beating me up again. I don't know how long it took; maybe 10 to 15 minutes. My lips were split. My mouth was full of blood... He pushed me off the chair, and then put his hand on my throat as if he was choking me. The main question was, 'Where do you get the New Testaments from?» Yaghoob, video testimony, filmed 26 November 2014

«For the three sisters, most of the time a familiar female voice was broadcast as if she was being tortured, and they constantly heard it while they were being interrogated. It affected them very badly psychologically... In one of the interrogations of one of the ladies, they hit her several times in the face with a shoe, and one of the other ladies, they kicked her so much that she fell down to the floor. But they kept on kicking her.» Elham, video testimony, filmed 26 November 2014. (...)

Mistreatment and abuse, both physical and psychological, are rife in Iran's detention centres and prisons, where many Christians are housed to serve sentences or during pre-trial investigation.

«They put me in a very small cell... I had to sleep on the floor. They gave me very dirty clothes. For 26 days, I was in my cell alone.» Sara Akhavan Fard, Westminster hearing, 16 December 2014

«I had no shoes or socks during those 17 days in the detention centre. And at the end of my time I couldn't even stand up because of the pain in my feet.» Yaghoob, video testimony, filmed 26 November 2014. (...)

The Inquiry heard from Faraz Dolatkhan about a group of Christians in Iran who were arrested in early 2013, but whose cases continued to be under investigation at the time of the Inquiry (December 2014): «This dear sister said to me: '**They would torture us sexually with sexual threats...** They would say the house groups are a place of prostitution - not worship. They would look at us with sexual desires.'» Faraz Dolatkhan, Westminster hearing, 2 December 2014

Despite Iranian laws which dictate that **prisoners of conscience should be imprisoned separately from prisoners convicted of violent crimes, in reality, this rule is often violated.** Farshid Fathi (Christian pastor, imprisoned since December 2010) suffered an injury in April 2014 during a violent raid on ward 350 of Evin prison. He was subsequently moved in August 2014 to a more brutal prison: Rajai Shahr (Gohardasht). At time of printing, he remains there, incarcerated alongside hardened criminals. (...) Farshid Fathi was not the only Christian prisoner who was violently beaten in 2014: Behnam Irani, Saeed Abedini, Silas Rabbani, Maryam Naghash Zargaran and Amin Khaki **were also reported to have been physically abused while serving their sentences.** The most common form of mistreatment of Christians in prisons and detention centres is psychological. Christians are told that loved ones are sick, that spouses have been unfaithful, or that elderly parents are also imprisoned, to put pressure on the prisoner. Some guards, as well as interrogators, torment prisoners with psychological games. «One of the guards came to our cell, and said, 'Sara, get ready, you should come with us.' And my sister [Leila] asked them, 'Where are you taking Sara?' The guard laughed, and said, 'We are going to kill her'. And I really got scared... I changed my clothes and I followed her, and as I followed her, I understood they were not going to kill me: they were going to let me out of the prison. But they said this lie to Leila to put her under more pressure.» Sara Akhavan Fard, Westminster hearing, 16 December 2014 (...)

Those Christians whose cases are brought to court tend to be convicted on political rather than explicitly religious charges, usually under the vague and often abused 'Security Laws' section of the penal code. Sentences issued to Christians tend to range between one year and eight years. (...)

A Christian defendant has not been reported to have been sentenced to death since Yousef Nadarkhani received a death sentence in 2010 for apostasy (abandoning Islam). However, most Christians who have been detained report that they were threatened with the death penalty many times by interrogators and guards. The possibility remains that male Christians could be sentenced to death for apostasy: although apostasy is not encoded in Iran's laws, judges can invoke Article 167 of Iran's Constitution, which allows them to refer to 'authentic Islamic sources or authoritative Fatwas' when making their judgements. Under Sharia law, apostasy is punishable by death for men and life

imprisonment for women. Christians could also potentially face death sentences for the afore mentioned crimes of Moharebeh or Mofsed - e - filarz (...)

4.10. Pressure to flee

To avoid serving unjust prison sentences, many Christians and their families flee Iran, meaning that Iran's harsh policies are prompting an exodus of Christians from the country. (...)

4.11. Lack of due process

Article 32 of Iran's Constitution states that all detainees must be formally charged in writing within 24 hours of detention. Article 32 of the Code of Criminal Procedure allows for detainees to be held for longer without charge if a judge has issued a temporary detention order for cases involving the Security Laws, but article 33 gives the accused the right to appeal his/her detention order within 10 days. Each year, scores of Christians are detained for weeks or months without being formally charged, without access to a lawyer, and without any opportunity to be brought before a judge. Due process is flagrantly violated in the cases of most Christians.

They arrested everybody in the house. The leaders asked, 'Do you have warrants to arrest us?' But they didn't show any warrants. Faraz Dolatkhah, Westminster hearing, 2 December 2014

At first, they didn't allow me to have a lawyer. But after - I think - one and a half months, then they allowed me to have a lawyer. But they didn't let me meet him. Some days before the court, my wife found a human rights activist lawyer, and at the court I had two lawyers: one by force and one by choice. At the court, the judge didn't let me talk normally. He had decided to do anything he wanted. They gave me a ten-year sentence. Mostafa Bordbar, video testimony, filmed 27 November 2014 (...)

4.13. Appropriation of property

The authorities seized a large and valuable private home belonging to a prominent Iranian Christian leader, because of his Christian ministry. An appeal against the confiscation was heard, and was unsuccessful, in early 2014. The property is now in the possession of the government. (...)

Armenian and Assyrian Christians are recognised as legitimate religious minorities under Iran's Constitution. However, they do face difficulties in Iran, and do not have the same status or the same rights as Shia Muslim citizens. Before the law, in society and civic life, constitutional recognition does not protect them from discrimination. (...)

4.15. Discrimination in education and employment

Iran's laws and policies, which create a framework of discrimination and which directly impede religious freedom, have not changed since Rouhani became President. (...)

Furthermore, conversion away from Islam can lead to the loss of a job in state institutions, or in cases where the employer does not tolerate conversion. The Inquiry heard from Ermia who was sacked in summer 2013:

I worked in a pharmacy of a state hospital in Tehran. From the boss of the department, I was given a letter, because my colleagues had found out that I had become a Christian. And the boss also heard about this. Despite all my colleagues testifying that I was a good employee and was conscientious in my work, still they gave me a letter telling me I was sacked... Because of the connections between the hospitals, I wasn't able to find work in another hospital. Ermia, video testimony, filmed 26 November 2014.

With regards to education, according to Dr Shaheed, University regulations continue to officially grant admission only to Muslims or members of officially recognized minority religions. Christian converts and unrecognised religious minorities can face pressure within academic institutions; or lose opportunities for education or the right to complete educational courses because of their faith. Elham, Ermia's wife, was removed from her university course a few months after her pastor was detained and interrogated by the MOIS.

When my pastor was freed from prison, she said to me, 'During interrogation, I was given a list and your name was on the list'... I was thrown out [of university]. I cannot give any reason why they threw me out: morally and educationally I had no problems. I asked them to let me study my last term on my own, if my presence was causing problems. They didn't let me stay. They didn't even give me any documentation about the courses I had completed... They said, 'The rules of the university do not allow us to keep you here.' Elham, video testimony, filmed 26 November 2014. (...)

Members of "non - registered" religious communities continue to experience police harassment, surveillance or even criminal sanctions, as their activities are deemed illegal by the State or certain State agencies. Restrictive measures continue to include the confiscation of property, financial sanctions, imprisonment and in some cases even **the use of torture**. Target groups may include communities that have been denied registration status against their will and communities not wishing to obtain any such legal status. (...)

*This year, converts report that they are specifically targeted for harassment and sometimes prosecution, because **some Iranian officials see them as a threat to the governing political and religious systems, and sometimes as a tool of the West to undermine these structures**. They argue that despite no longer being threatened by the charge of apostasy, Christian converts still face the threat of being charged with vague and overly-broad "national security" crimes, such as propaganda against the system, acting against national security, assembly and collusion against the system, insulting the Supreme Leader or the President, or "agitating the public consciousness." (...)*

*This continues to be evident in the cases of Christians arrested this past year where we see many hallmarks of the legal issues faced by religious minorities in Iran. That is, **they are routinely charged with acting against national security; of conspiring with the Islamic Republic's foreign "enemies"; and of collusion against the Government by "organizing" gatherings or house churches. And they are usually tried in Revolutionary Courts, which are effectively national security courts.**» Quelle: Christians in Parliament All-Party*

Parliamentary Group (APPG)/ All Party Parliamentary Group (APPG) for International Freedom of Religion or Belief: The Persecution of Christians in Iran, März 2015, S. 3-18: www.christiansinparliament.org.uk/uploads/APPGs-report-on-Persecution-of-Christians-in-Iran.pdf.

Christian Solidarity Worldwide (CSW), Juli 2017:

«Since the latest presidential elections on 19 May 2017, both CSW and Article 18 have noted a particularly sharp increase in the number of Christians who have received excessive sentences after being convicted of vaguely worded and unsubstantiated national security-related charges, such as ‘acting against national security’, ‘insulting the sacred’ or ‘propaganda against the state’- Following their initial arrests, many have also been detained for extended periods prior to being charged.

Previously, the maximum sentence issued in such cases was five years, and in cases where defendants received two five-year sentences, these were reduced to five years on appeal. According to records compiled by Article 18, in the last three months Judge Ahmadzadeh, head of the 26th branch in Islamic Revolutionary Court, has sentenced at least 16 Christians to between five and ten years’ imprisonment. One defendant received 15 years, and two more cases are pending. In at least two cases defendants have been charged with ‘promoting Zionist Christianity’. The charges and sentences meted out in these cases are illustrative of an official propensity for utilising legislation and the judiciary to silence or punish any kind of perceived dissent.

The excessive nature of the charges appears pre-determined, and they have been handed down despite a paucity of supporting evidence. From the beginning of the trial until the time of sentencing no material witnesses were called and no testimony offered in support of the charges. In at least one instance the presiding judge is alleged to have shown an extremely limited understanding of Christianity, and to have been reading from papers. Nevertheless, each trial has resulted in sentences that far exceed the lengthiest sentence stipulated by law. (...) However, in the Iranian theocracy conversion from Islam to another religion (or to none) is often viewed as a grave sin or even a betrayal of the universal Islamic community, and such apostasy is also deemed a threat to the integrity of the state. As such, the majority of these defendants are converts to Christianity, although one is an Assyrian Christian.» Quelle: Christian Solidarity Worldwide (CSW), Iran, Rising Judicial Harassment of the Christian Community, Juli 2017.

Danish Immigration Service (DIS), Juni 2014:

«Concerning the obstacles Iranian converts face in Iran because of their conversion to Christianity, an international organisation in Turkey did not consider that there would be any issues if this is not made known. However, if a convert is active in informal church activities or proselytizing, problems may arise with the authorities. Additionally, if conversion comes to the knowledge of the authorities, an individual might lose his or her job. The source explained that at workplaces in Iran, there are offices of Herasat (representatives of the ministry of intelligence and state security) that monitor the employees. They are also present at universities, state organizations and schools. Private companies of a certain size will also have a Herasat office. If Herasat gets news of a person’s conversion, he or

she could risk being fired from his or her job. Additionally, family members could also risk losing their jobs or be denied access to higher learning.

Converts who are attending university may be expelled or in some cases merely suspended. Asked how a person's conversion might be discovered and when it would be reported, the source explained that if a convert is visiting a house church already under surveillance or proselytizing and sharing his faith with others, this person will risk being reported. A person may proselytize to someone he or she trusts, however mistakenly, and consequently be reported to the Herasat or others. It was added that some converts may get into such a situation because proselytizing is fundamental to their faith. Both proselytizing and disseminating the bible are two essential tenets to the evangelical groups.

When asked how a Christian convert may catch the eye of the authorities, the source said that in neighborhoods of towns and cities, there are Basij connected to the local mosques and a person may be asked to attend mosque and this could especially be expected of men of a certain age. It was added that according to the Islamic rules, the religious obligations for girls and boys to start praying begin at the ages of nine and fifteen respectively, where congregational prayers in mosques are encouraged as part of communal activities. The expectation to attend mosques in neighborhoods can be viewed as part of societal norms and may depend for instance on the mosque or Friday imam's attitude and sensitivities.

At universities for example, attending prayers is not obligatory but there are certain quotas for children of Basij and Sepah officials and the presence of Basij members or supporters give way to an informal way of monitoring of students at universities. Such persons may report on students who display deviant behavior and are proselytizing. **Also, in high schools, students are expected to attend mass prayers and those who do not may stick out. This is rarely the case in metropolitan areas. (...)**

Additionally, in Iran there is generally a high degree of regulation and filling of forms where one is obliged to state one's religion, for example when, registering at schools, and signing up at the educational centers in order to take the concours for university entrance. (...)

According to Mansour Borji, Article 18 Committee, situations in which the convert is faced with obstacles vis à vis the authorities include when registering as a student at university where registration of religion is required or when young men register for military service where registration of religion is also required. In both situations a Christian convert cannot honestly state his or her religion without fear of being exposed. (...)

Asked which legal consequences a Christian convert may risk, **Mansour Borji explained that in Iran there are no direct laws against conversion in the Penal Code. According to article 167 of the Iranian Constitution, if there is no provision, in the penal code for a particular matter, judges may consult Islamic sources and fatwas. The law therefore gives a judge the discretion to make use of fatwas and other religious sources in cases regarding conversion. (...)**

When asked what consequences a convert faces in relation to his family or social network, an international organisation in Turkey considered that a convert may be threatened by family members for example in the instance that a member of his family holds a higher ranking official position. This person may force him or her to stop his Christian activities.

Regarding the risks of maltreatment from actors other than the authorities, the AIIIS considered that the question of whether risks could emanate from family, would very much depend on how religious the family was or whether it had close ties to the authorities. As an example, it was explained that a member of the family who holds a government position for example, may be asking themselves whether they could be risking their position by having a convert in the family. Depending on such factors, **it was considered that there is a possibility that a family member may report on a convert.** (...)

Some Christian converts may risk maltreatment from their own family members and relatives but mostly, Christian converts are facing persecution at the hands of the state, according to Mansour Borji. The source found that it could happen that family members would report on their own family if somebody has converted to Christianity, often with good intentions hoping that an encounter with the authorities will have a 'deterrent' effect on them and make them forget about conversion. It could also happen that neighbors report on a convert, however, the source considered that the threat of persecution stemmed mainly from the authorities.

Asked if the Christian converts would also face problems in relation to their own family members because of their conversion, a non - governmental organization in Turkey informed that according to refugees their problems are mainly related to the authorities. It added that the Iranians are informing them that the interrogation by the authorities and the psychological torture they are exposed to are pressuring many to leave the country. The reasons for fleeing are mostly based on the oppression from the authorities than the day to day social oppression. (...)

As regards the consequences of a conversion in relation to family and social network, the representatives of the Union Church informed the delegation that it is often the immediate family members that may create the biggest problems for the convert including brothers and sisters, mother and father. The reason for this is that they consider that the convert has shamed the family. (...)

Mansour Borji further explained that Christian converts are considered second class citizens who have no right to live a Christian life and who have to keep their religious conviction a secret. Converts have to balance between their belief to share their Christianity with others and the daily risk they may face if their faith is exposed to the authorities.

Mansour Borji added that the question of the upbringing of children is also a big issue for convert families in Iran. In school children have to participate in religious education and learn about Islamic principles. In such situations the child of a Christian convert may not realize the security issues if he or she speaks about their situation at home where the family practices a Christian life. The source further referred to the fact that a Christian wedding be-

tween converts is not recognized by the Iranian authorities. The only way for converts to Christianity to marry legally in Iran is according to Islamic law. (...)

An Iranian pastor informed the delegation that the problems for converts to Christianity also involve other aspects of life than immediate fear of persecution from the authorities. **For example in marriage, a man and a woman who have converted to Christianity from Islam cannot marry as Christians. Such a couple must marry according to Islamic Law. In order to register their marriage, they must have an Islamic marriage contract. There is no civil marriage in Iran.** The source said that all Iranian children, and therefore children of converts are taught Islamic teachings from their first year of school and thereby taught a different religion than that of their family.

Whether a convert family experiences problems in connection with sending their children to school, **Elam Ministries** considered that it very much depends on the school. What issues may arise in such a situation will depend on the school, however, normally a school will have an Islamic supervisor and **if this person hears information about a child acting anything other than Islamic, then the family may risk that the authorities are informed. Consequences could be that the family is forced to recant their faith, the child is continually ostracized at school and the family is taken in for questioning.** (...)

1.6 Situation of converts who return to Iran after having converted abroad, i.e. in Europe/ Western countries

Mansour Borji explained that 20 years ago, it was possible for a Christian convert to be baptized in a church in Iran. Over time, the churches that did baptize paid the price and due to gradual pressure, this possibility has now been eliminated. **Since 2006 - 2007, converts are no longer baptized in Iranian churches as no one was willing to run the risk of performing a baptism. Christian converts consequently started travelling to Turkey and other neighboring countries to get baptized. Asked if house churches perform baptism, the source said that some churches might.**

With regard to the situation of converts who return to Iran after being baptized abroad, be it in Turkey, Armenia, UAE or another country, the source found that they may return to Iran quietly and not encounter any problems. If the person is already monitored by the authorities, he or she could risk consequences upon return to Iran.

According to AIIS it is difficult to obtain information on potential risks an individual may face upon returning to Iran after conversion abroad. If Iranian informants have gathered information regarding an individual who has returned to Iran, the authorities may arrest them for questioning. It is possible that charging and conviction will ensue the arrest and questioning. (...) **Regarding whether baptism abroad would put a person at risk from the authorities in Iran, AIIS considered that the importance of baptism should be balanced against how the Iranian authorities perceive a convert. A person who has attended trainings and sessions abroad may be considered a convert, although he or she may not have officially been baptized.**

Asked about the situation for a convert who returns to Iran after having converted abroad, i.e. in Europe or a Western country, Mansour Borji found that there would be no difference in the way the Iranian authorities would deal with the case. If the person

is known to the authorities and they have shown an interest in him or her before he or she left the country, there could be a risk to him or her upon returning. If the person is unknown to the authorities, the source did not consider that there would be a huge threat towards him or her. The source referred to a case of a family who went back to Iran and upon return, they were threatened and followed around/harassed. It was considered that perhaps relatives or others had reported them to the authorities causing the harassment. Ultimately, the family left Iran again. They had secretly begun to attend a house church.

Concerning the consequences for an individual upon return to Iran after having converted abroad, CSW said that any convert who wishes to practice his or her faith upon return, would face serious risk. Whether an individual has been baptized in a nearby country or in Europe or the US, would not make any difference. If an individual returns to Iran and is not actually promoting Christianity, the fact still remains that such an individual has left the 'faith' (Shia Islam) and thus threatens the order of the regime.

When asked about the consequences of returning to Iran after having been baptized abroad, Elam Ministries said that many Iranians do go abroad and return to Iran after a while. If the authorities in Iran become aware of the fact that a person has been baptized abroad such an individual may risk interrogation and repercussions. The source considered that the authorities may find out that an individual has been baptized through informers and telephone/internet tapping.

When asked about how persons who have been baptized abroad carry on with a Christian life upon return to Iran, it was considered that Iranian converts need baptism because of their Islamic background. It is easier mentally to live as a Christian after baptism has taken place. After baptism an individual will often display a greater change in behavior that will be obvious to others. Talking from experience, an Iranian network leader said that after he had turned Christian, he no longer used profanity or was angry as he used to be and that this change in behavior was of course noticed by his family members and the people around him. Also, after having become a Christian one is given the command to share one's faith with others. Part of the teachings of the Bible is evangelism and the gospel of Matthew is that one should go and tell people about Jesus. Converts wish to obey this and it is those who evangelize that the authorities want to stop.

It was considered that persons who return from Western countries after converting would have to be very careful about doing any evangelizing. When considering the situation of an individual who has converted in Europe who then returns to Iran, their situation would be much the same as that of Iranians who convert in Iran. Such individuals would have to lay low and not speak openly about their conversion. If their conversion is uncovered and the authorities are notified, there is a risk that such an individual will be suspected of links with foreign organizations much the same as a convert who has been living in Iran.

The source added that those who are outside of Iran for extended periods of time may be more at risk in that the authorities may suspect them of spying. It was further added that this counts not only for Christian converts but also for other Iranians.

Asked about the situation of Christian converts who return to Iran after coming to Turkey or another country, and meeting with other believers, the representatives of the Union Church informed the delegation that if the converts stay “quiet”; i.e., they do not associate with other believers, they may not be discovered and the visits to a foreign country will then not make a lot of a difference for them.

The source did not consider that there would be less risk to an individual who returns to Iran after being baptized in a Western country, if the individual renounces the baptism and explains it to be part of a strategy for coming to the West. This would work for their families, but maybe not for the government authorities. Converts in Iran are subject to arrest, torture and execution; they would normally not be declaring their religion on job or school applications. According to the representatives of the Union Church, even if not known to authorities, converts can face shunning and even “honor killing” by their families. Ethnic Christian minorities (Armenians, Syriacs) are allowed to meet and worship in strictly regulated conditions. The source said that we hear that they also have difficulties, some of which are reported in the media. (...)

Elam Ministries explained that the internet in Iran is controlled by the authorities and many websites with Christian content are filtered or blocked. Additionally, cyber cafés operate under strict regulations and control. (...)

Regarding the use of the Internet in Iran, AIIS said that the Internet is highly controlled by the authorities and that a special Cyber police is monitoring the Internet (...)

An international organisation in Turkey also offered the view that that the authorities have established mechanisms to monitor and to control the Internet. When asked whether a convert who uploads Christian content on a website or creates his own website with Christian content will risk being arrested by the authorities, the source is aware that the authorities have access to information on internet use on the individual level, but would likely monitor individual internet usage if there are reasons highlighting a user’s profile, such as links with a person who is already under supervision. An internet traffic between an Iranian user and foreign church groups may be such factor that highlights the user’s profile. (...)

Elam Ministries said that it is very difficult to give a figure on how many Iranians, with a Muslim background, that have converted to Christianity. (...)

Although it is difficult to know the exact figures of numbers of converts in Iran, Elam estimates that around 500,000 to 1.5 million Iranians have converted in the last 30 years and that the number of Christian converts is growing. (...)

The authorities are believed to be monitoring those who gather in house churches and people who participate may be at risk of arrest and detention by the authorities according to AIIS. It was added that even if the authorities were not going after ordinary members of house churches, it is highly likely that they have many members under surveillance. In terms of the authorities’ surveillance efforts, reference was made to the case of an Iranian Ph.D. student in Belgium who travelled back to Iran for summer vacation. He was summoned by the Ministry of Intelligence and was allegedly asked to spy on Iranian students in Belgium. When he refused, he was sentenced to six years in prison on the charge of “acting against national security by communicating with hostile governments”. Such a

case, in AIIS's view, is illustrative of the efforts the Iranian authorities are putting into monitoring individual's activities domestically as well as abroad. (...)

According to the source, the authorities are trying to create an atmosphere of fear by raiding (house) churches. Within the last two years, there has been an increase in arrest and detention of house church members and especially an increase in the arrest of female members according to the source. (...)

*It was added that it seems as though quite a few house church networks may have been infiltrated and that the authorities monitor those who are attending house churches. **Concerning the raids on house churches, the authorities are quite often looking for specific people, asking for specific details, obtaining personal information about others in the network. The authorities are also confiscating computers and cell phones and in this way extracting as much information as possible from the network.** (...)*

*Regarding the consequences for families of converts who are arrested, CSW said that in the situation where bail, often exorbitant (£120,000 was mentioned as an example), has been set, the family is often economically impacted. Often a deed to the family's property will be given up for bail. **The fees set appear designed to financially cripple the family.** Sometimes family members to detained converts are also harassed by the authorities as a means of intimidation. **Another form of intimidation from the government towards converts who are in prison, is cancellation of family visits for no reason.** On the subject of conditions for converts in prison, **CSW has heard reports of use of torture and severe beatings from both prison personnel and inmates. Denial of or delayed medical treatment was mentioned by CSW as another example of the harsh conditions.** It was added that on the other hand, it may be difficult to get accurate information on the real harshness conditions in prison as Christians who have been imprisoned on account of their faith do not go into detail regarding such type of information as they see themselves as 'suffering for the gospel' in much the same way as early Christians did and thus stay quiet about such issues. This phenomenon is not limited to Iranian Christians alone. (...)*

*Mansour Borji explained that the authorities had difficulties in dealing with arrests of members from the official/registered churches, for instance the AOG church, concerning how to charge them. **For members of house churches, the charges are different and it's easier for the authorities to accuse them of breaking the law. For instance they could be charged with having an illegal assembly or with consumption of alcohol consumed in connection with communion at a house church gathering.** (...)*

*Regarding the consequences for converts who are arrested by the authorities in connection with a raid on a house church gathering for example, CSW explained that the authorities are interested in keeping certain individuals for a longer period and may charge such individuals. Charges would typically be put against more prominent individuals, like perceived leaders of groups or networks, and he or she may risk being charged with acting against the Islamic order or of espionage or collaborating with foreign groups, all charges with political underpinnings to them. By charging the leaders, the authorities intend to intimidate the whole group. **In the case of the recent arrest of a picnic gathering in March of 2014** (ref. note 12), the source explained that of the ten people arrested, eight were released with a warning shortly after arrest while two persons are still being held. (...)*

Regarding the activities involving risks of legal consequences in Iran, the representatives of the Union Church mentioned that house church leaders risk being charged with proselytizing, conversion/apostasy and for operating an unregistered church. As an example, the source referred to Saeed (Abedini, who is serving a prison sentence of eight years). The members of a house church may come and go, however the leader of a church is a constant which is why the authorities are intent on stopping the leader's activities. (...)

Elam explained that underground house churches in Iran are growing due to the fact that most Christians with a Muslim background are unable to go to the (Evangelic and Protestant) churches that exist over ground. For some years the authorities have been putting more and more pressure on the Evangelical and Protestant churches that exist over ground. Beforehand the authorities would focus their resources on targeting the pastors of those churches. Now, in the course of the past two or three years, the authorities have become more focused on restricting the churches themselves and shutting them down and therefore preventing Christians from congregating. In this effort, the pastors of these churches have first of all had to register their members on a list for the authorities and been compelled to limit their churches' congregation to this list. No new member was allowed to enter the church. Secondly, the churches were ordered not to carry out any activities outside of the church or activities directed at Persian - speaking persons. Only under these circumstances have these churches been able to exist during the last years. (...)

When asked if an international organisation in Turkey considered it would make a difference if a person had been trained or baptized in Turkey or in an European country, the source said that if it only concerns conversion, there would probably be no difference. If baptism is uncovered, it could pose problems for the individual. The person's link to a network abroad would also raise the profile. However, there are no reports of persons who have been detained and officially charged with conversion - related offences after returning to Iran from Turkey.

Regarding risks to individuals who return to Iran after having received religious training in Turkey, AIIS said that it was possible that Iranian security officials were monitoring activities that take place in Turkey. It was considered that generally, it is probably easier to monitor what goes on in Turkey due to the geographical proximity and the ease with which Iranians can travel to Turkey.

Elam Ministries stated that the organization knows of many cases of individuals who came for training in Turkey who upon return to Iran, were immediately arrested. Over 500 individuals that were connected to Elam have been arrested and interrogated for shorter or longer periods, within the past three years, and within the past year, the number has been about 200 individuals. The reason behind this high number is that the authorities have obtained quite a bit of information about how the house churches operate. It also seems that the Iranian authorities have agents in Turkey that know of what work Elam is doing there.

According to the source, there are reports of Iranian authorities having agents or informants in some of the churches in Turkey. (...)

When asked when people who return from training or other activities in Turkey are taken in by the authorities, Elam Ministries said that it could be at the airport or on the road after passing back into Iran or a few days after returning. (...)

When asked what obstacles a convert to Christianity faces in Iran, the representatives of the Union Church considered that if a convert returns to Iran, he or she lives in fear of being discovered. A convert can also risk losing his or her assets if their conversion is disclosed. They can be arrested for apostasy.» Quelle: Danish Immigration Service (DIS), Update on the Situation for Christian Converts in Iran; Report from the Danish Immigration Service's fact-finding mission to Istanbul and Ankara, Turkey and London, United Kingdom, 23. Juni 2014, S. 5-6, 10-17, 20-26, 30-34, 38-39: www.ecoi.net/file_upload/1226_1403600474_rapportiranffm10062014ii.pdf.

Danish Immigration Service (DIS), Danish Refugee Council (DRC) und Landinfo, Februar 2013:

«1.7 Possession of the Bible

A foreigner interacting with Christians in Iran mentioned that a Catholic Catechism has been translated into Farsi in Iran, apparently in Qom for the educational purposes for an institute of religious instruction. Bibles in Farsi are however not commonly available, and if someone has a Protestant Bible it has probably been smuggled into the country. To possess a bible in itself should not be a problem. But if someone is caught with several Bibles, he or she might have some explaining to do. Additionally, if a person somehow has attracted the attention of the authorities and the police therefore are trying to build a case, possession of a bible could be used against him or her. In general, Farsi-speaking Christians make the regime nervous.» Quelle: Danish Immigration Service (DIS), Danish Refugee Council (DRC) und Landinfo: Iran; On Conversion to Christianity, Issues concerning Kurds and Post-2009 Election Protestors as well as Legal Issues and Exit Procedures; Joint report from the Danish Immigration Service, the Norwegian LANDINFO and Danish Refugee Council's fact-finding mission to Tehran, Iran, Ankara, Turkey and London, United Kingdom; 9 November to 20 November 2012 and 8 January to 9 January 2013, Februar 2013, S. 32: www.nyidanmark.dk/NR/rdonlyres/A8C2C897-1CA9-49D1-BA32-EC3E599D646D/0/Iranendeliquidgave.pdf.

Danish Refugee Council und Danish Immigration Service (DRC/DIS), 23. Februar 2018:

«1.1 Control with the house churches and converts

It is difficult for the authorities to control house churches as they are dispersed, not structured and unknown. The closure of churches affiliated with the "Assembly of God" in 2013 has resulted in the **spread of house churches**, as people who were attending the Church services began to go to house churches instead. One source noted that house churches are quite common in Iran and **their numbers are growing**. According to the source, the increasing number of house churches show that they have space to operate, even though they are illegal. The authorities fear the expansion of the house churches phenomenon in Iran.

The authorities use informers to infiltrate the house churches. The infiltrators are identified and selected by the authorities. To prevent infiltration and intervention, house churches organise themselves as a mobile group consisting of a small number of people. A source mentioned that the prevention of external infiltration is difficult, **as the authorities use informers who pretend to be converts. One source explained that it would be a strategy for the authorities to either monitor or arrest and release members of a house church to make an informant out of them. The authorities could use information on the person's background to put pressure on them.**

House churches are monitored by the authorities. If the authorities receive a report about a specific house church, a monitoring process will be initiated, one source noted. **However, the authorities will not act immediately, as the authorities want to collect information about both the members and who is doing what in the community.** Flourishing house churches are more in danger, as the authorities see these churches as a bigger threat. **Whether the authorities will intervene depends on the activities of the house church and the size of the group. A source said that the house churches are systematically raided.** There have not been any significant changes in the authorities' control with house churches recently.

One source pointed out that there has been a change in the authorities monitoring of social media and online activities. Another source added that there is a widespread monitoring of telecommunication and electronic communication if a Christian has caught the interest of the authorities. **Certain keywords serve as base for the electronic surveillance e.g. "church", "Jesus", "Christian" and "baptism". As it is wellknown that the authorities are tapping phones, the house members are cautious and turn off their phones long before they reach their meeting place.** Furthermore, the authorities are more alerted to activities threatening the established system.

There has been a change in the way the Iranian authorities look at Christians in general. The change started after the green revolution in 2009, as **the Christians are perceived to bring ideas of freedom.**

It is unknown to what extent the Iranian authorities have the capacity to monitor everybody. The authorities do not monitor everyone all the time; what the authorities want is to create a fear among people that they are being monitored all the time, a source highlighted.

1.2 Follow-up activities of the authorities in cases related to members of house churches and converts

Neighbours, who have become aware of unusual activities around a house, can cause a house church to be revealed for the authorities. A foreigner interacting with Christians in Iran added that otherwise, the authorities do not have the possibility to know about the house church as members are discrete about it. **It is unlikely that a family member will report to the authorities on a converted family member. However, it occurs in cases where the family member is a government employee or whose professional and/or social status is affected by the Christian family member. One source added that many families are loyal to the regime and have a Basij member within the family. If there are children in the family, they could also inform their teachers about activities in their homes, at school.**

The authorities are primarily targeting the house church leaders and secondary the members and converts. Two other sources stated that the authorities target both the leaders of the house churches and the members.

The typical pattern of targeting is by arresting and releasing the house church leaders, as the authorities want to weaken the house church. Ordinary members of house churches also risk arrest in a house church. However, they will be released again on the condition that they stay away from proselytizing. If they stop proselytizing, the authorities will stop gathering information about them, a source added. One source mentioned that it would be possible for an arrested convert to pay his/her way out of an arrest. The source added that even if it is known that the person is a converted Muslim, it would be a question of the amount of money paid to be released. **Whether a house church member is targeted also depends on his/her conducted activities and if he/she is known abroad, the same source noted.** Ordinary house church members risk being called in for interrogation on a regular basis as the authorities want to harass and intimidate them, a source explained.

If a house church member is arrested for the first time, he/she will normally be released within 24 hours. If he/she has been detained in prison, he/she will receive his charge within 24 hours and come to court within ten days, a source mentioned.

A conversion and an anonymous life as a converted Christian in itself do not lead to an arrest, but if the conversion is followed up by other activities as for instance proselytising and training others, the case differs; the same applies if family members report the convert to the authorities. One source highlighted that if a convert does not proselytize or promote a house church, the authorities will not know about him/her. **Middle East Concern, however, did not consider a life as an anonymous Christian as sustainable, as converts, in this case, have to lie about their faith and act against their religion.** Amnesty International added that a conversion might be revealed to the surrounding community if the convert does not participate in Islamic events as many social norms and cultural activities are connected to Islam. (...)

Converts who tell their family about their conversion risk getting into trouble; they risk exclusion and threats from the family who might think that the converted family members will create a problem for them. According to one source many converts do not tell their families about the conversion.

Several sources addressed the issue regarding Iranian converts returning from Europe. According to two sources, converted returnees who do not carry out activities related to Christianity upon return will not be of interest to the authorities. ⁴⁵ **Middle East Concern made the distinction whether the converted person was known before leaving Iran or not; returning will cause problems if the convert has been known by the authorities before leaving.** (...) **Converts who announce their conversion in public may face serious problems. If the returned convert has been very outspoken about his/her conversion on social media, including Facebook, the authorities might become aware of it and arrest and interrogate the convert upon return.** A Western embassy (3) said that the subsequent process would depend on what the returnees inform the authorities about. The embassy did not consider that the converts would receive harsh punishment if they are not highly profiled and are not involved in propagating Christianity or activities perceived as a threat to national security. **Declaring conversion on Facebook in itself does not lead to persecu-**

tion but likely to monitoring. One source explained that a photo indicating a conversion posted on the internet would be evaluated by the authorities along with the profile and activities of the converted person. If the person did not have any previous affiliation with Christianity before leaving the country, he/she will not be persecuted. (...)

A baptism in itself will not have significance, according to two sources. A foreigner interacting with Christians in Iran noted that it is doubtful whether it would make a difference for the authorities if the convert is baptized. Middle East Concern source considered that a baptism, which is documented, could alert the authorities and prove to be problematic. (...)

1.3 Recent trial cases related to house churches and converts

Christian converts are typically not charged with apostasy; convert cases are usually considered as national security matters which are handled by the Revolutionary Court. A source added that the authorities perceive activities related to conversion as political activities. Death penalty in cases related to conversion is not a common punishment. (...)

Group formation in Iran is punishable, a source noted. According to Article 498 of Iran's Islamic Penal Code, "forming a group composed of more than two people with the purpose of disrupting national security" can carry a 10-year prison sentence. As an example where this accusation has been made, two sources highlighted a case from March 2017 where a Christian convert named Ebrahim Firouzi was issued a five years sentence for "forming a group for disrupting national security". (...)

Meeting with a foreigner interacting with Christians in Iran (...) There has been a change in the way the Iranian authorities look at Christians in general. The paranoia started after the green revolution in 2009, as the Christians are perceived to bring ideas of freedom. Since the country has opened more up, the authorities have cracked down on thoughts of freedom. Most Iranians are not very religious, but they might see conversion as a way to come closer to Western values, and as a protest against the system. Activities related to conversion are cracked down by the authorities as the authorities see it as a political activity. (...)

Converts who return from Europe after a rejected asylum claim, and tell their families that their asylum claim was conversion, will probably get in trouble. Even if you keep a low profile upon return, you might have a problem with your family who might think you will create trouble for the family. They would probably not report it to the authorities. The source did not have any specific information on families in Iran who got into troubles, because of a family member being openly converted in Europe.

Meeting with a Western Embassy (4) (...) 48. The implementation of the death penalty in Iran is related to drug and murder cases, and more rarely high profile political cases. Most of the implemented cases are related to drug cases. The source stated that organisers of house churches might risk accusations of "Crimes against God" which would carry the death penalty but the source did not know of any cases where this accusation has resulted in actual execution of the accused.

Recent trial cases related to house churches and converts 49. As an example of a case of conversion from Islam, in which the death penalty has been sought, the embassy referred to the Taheri case. (...) Mr. Taheri (founder of the Erfan e-Halgheh) was initially sentenced a five-year prison sentence for blasphemy in 2011, while further investigations against him were going on. He was ultimately convicted of "spreading corruption on earth" in 2015 and sentenced to death, but acquitted on appeal in 2016. He was not released, and in late 2016, was charged with "spreading corruption on earth" for the same activities that formed the basis of his 2011 conviction. On 27 August 2017, a Revolutionary Court in Tehran sentenced Ali Taheri to death for "spreading corruption on earth" for establishing the spiritual group Erfan-e Halgheh. (...)

Meeting with Amnesty International (...) 52. Whether it makes a difference for the authorities if a convert is baptized or not, the source did not assume that baptism was the key issue; it is rather the convert's connections, including those abroad. The source did not have a specific example in this regard.

53. On the question about returned converted Iranian asylum seekers, the source stated they might be interrogated and added that Iran for the last two years, has been sensitive about Iranian nationals with ties abroad. The source assumed it would be an issue if Iranian nationals have claimed that they have converted abroad. Generally, many of this type of cases tend to be related to national security offenses, meaning people face prosecution for conversion to Christianity under national security and other criminal offenses when, in fact, the issue is the denial of freedom of religion. The source assumed the Iranian authorities are very active in monitoring Iranians, also those abroad. (...)

As regards Christian converts the source mentioned the Nadarkhani case. Naderkhani was sentenced to death in 2012, but was later released. He has been rearrested in May 2017 and sentenced to ten years in prison for propagating house churches and "Zionist Christianity". His case has been appealed by his lawyer. 60. When asked about recent death sentences issued in other conversion cases, Amnesty International mentioned the Mohammad Ali Taheri case. Taheri, who is founder of the spiritual group, Erfan-e Halgheh, was arrested in 2011 and sentenced to death for "spreading corruption on earth" in August 2017 on charges of founding a spiritual group. 93 In October 2017, the Supreme Court of Iran overturned the death sentence and sent the case back to the lower court for further investigations (on the charge of "spreading corruption on earth"). (...)

Meeting with Middle East Concern(...) 107. If a house church member or leader is arrested, usually the bail set in the case, is very high. The bail set can range from 20.000 to 200.000 USD. If someone who is out on bail flees, the authorities can then confiscate their property. According to the source, there are cases of people, who have been encouraged to leave Iran by the authorities, as a trial case with a death sentence will attract international attention. In these cases where the converts leave the country, the authorities can collect the bail; thereby leaving those who choose to flee nothing to come back to. Converts would often lose their jobs, without a reason given. If you are never formally charged, and the process before the court is put on hold – you would still have the case over your head. (...)

110. The arrests of Christians have not decreased in recent years. There is a constant threat. If you are member of a flourishing house church, you could be more in danger, because the authorities see the flourishing house churches as a bigger threat. (...)

122. It could be a problem to return to Iran if you are a convert, and if you were a known Christian before leaving. If you were not known to the authorities before leaving, it would not be problematic to get back into Iran but once you begin to live in Iran and attend Church, you would be identified and perhaps targeted. (...)

123. When you return to Iran the authorities can see at the airport, when you left, and how long you have been away from Iran – that is the case if you had originally left Iran via the airport/by airplane and legally. If you had left Iran illegally, the government will not have an exact date of when you had originally left the country. As regards the baptism MEC informed the delegation when a person is baptized by a Church, there is hard evidence of the conversion to Christianity and a certificate is issued and there is often photos etc. That could alert the authorities and prove problematic when the individual is back in Iran.

124. If someone has announced his/her Christianity on Facebook while abroad, the person would probably be surveyed by the Iranian authorities. However, declaring your conversion on Facebook in itself does not mean that you will be persecuted but monitored, if returning to Iran. If you are open about your activities, an arrest or interrogation by the government upon return is not unlikely. But declaring you are a Christian when you return to Iran, will cage you into a life of no rights, and put you at risk. Being a Christian is considered a political opposition to the regime.

125. According to MEC, it does not make sense to talk of the concept “silent Christians”. People who are Christians are forced to educate their children in a Muslim way, and to change or lie about their religious identity. You cannot just be low-profiled but would have to act against your faith in so many ways; you would have to lie about your religion e.g. on job-applications, school-registration etc. where you are always asked about your faith and religion. You would have to celebrate Eid and other Muslim traditions, like going to the Mosque at burials. Otherwise it would be very odd. Islam is a community-religion integrated into the Iranian culture, so even if the major part of the Iranian population is not very religious, many customs and traditions in the country are Muslim. It would be noticed if you do not participate, and you would easily be stigmatized. If you die a Christian, you would not be able to get a Christian burial. (...)

Meeting with Middle East Consultancy Services (...) Recent trial cases related to house churches and converts. **The source informed there is no legislation on apostasy in the Penal Code; however, many converts are prosecuted.** 136. Of recent trials related to converts, the source mentioned several cases, including the **Sina Dehghan case from May 2016. Dehghan was charged of conducting teachers protest campaign and blasphemy through writings online and sentenced to death by execution. He was arrested in October 2015 and the court decision was declared by the Revolutionary Court of Arak in May 2016.** 101 The sentence has been upheld by the country's Supreme Court. 102 Another case from June 2015 is regarding Hesameddin Farzizadeh who was sentenced to death for apostasy by the Criminal Court of Meshkinshahr in Ardabil province. He was arrested in November 2014 in a raid on his house by the lebas shakhsiaha (plain clothed

agents). He was sentenced for his book *From Islam to Islam*. The charge of apostasy stems from the mentioned book, in which he examines the history of Shi'a Islam and raises questions about certain facets of Shi'a beliefs. Maryam Naghash Zargaran was arrested on November 5, 2012 for conversion to Christianity and was sentenced to four years in prison by Branch 28 of the Revolutionary Court for "assembly and collusion against national security" in 2013. The sentence was upheld by the Appeals Court.» Quelle: Danish Refugee Council (DRC) und Danish Immigration Service (DIS), Iran: House Churches and Converts, 23. Februar 2018, S. 5-11, 13; 20-22, 31, 34, 36: www.ecoi.net/en/file/local/1426255/1788_1520517773_house-churches-and-converts.pdf.

Iran Human Rights Documentation Center (IHRDC), 30. Juli 2014:

«Both apostasy and swearing at the Prophet are capital offenses. While the latter has been specifically criminalized in the Islamic Penal Code, the former has not been explicitly mentioned as a crime. Nevertheless, provisions in the Islamic Penal Code and the Iranian Constitution state that Shari'a, or Islamic religious law, applies to situations in which the law is silent. As a result, the Iranian judiciary is empowered to bring apostasy charges based on its interpretation of Shari'a law.

While the Qur'an does not explicitly state that apostasy should be penalized, the majority of Islamic jurists agree that an apostate is to be put to death.» Quelle: Iran Human Rights Documentation Center (IHRDC), Apostasy in the Islamic Republic of Iran, 30. Juli 2014, S. 1: www.iranhrdc.org/files.php?force&file=reports_en/Apostasy_in_the_Islamic_Republic_of_Iran_104287928.pdf.

Immigration and Refugee Board of Canada (IRB), 5. Dezember 2001:

«The signing of the marriage contract is performed at the same time as the religious ceremony, both of which pre-date the actual wedding celebration by between six to twelve months (*ibid.*). Following the religious ceremony (but before the wedding reception), the marriage contract is recorded by a representative of the Civil Registration Organization (*ibid.*). The civil registration of a marriage has been law in Iran since 1930. (...) According to a representative of the Action Committee for Women's Rights in Iran - Canada (ACWRI), a woman who married in a civil ceremony in Cyprus and subsequently returned to Iran and married another man would be considered guilty of adultery. Civil marriages performed outside of Iran are never recognized by the Iranian authorities, and an Islamic ceremony in Iran is essential to deem the marriage valid. Therefore, obtaining a divorce would not be relevant, as the marriage would be considered illegal by the Iranian authorities (...). A representative of the Iranian Women's Studies Foundation stated that a civil ceremony performed in Cyprus would have no legal standing in Iran, and that the parties would be deemed guilty of adultery unless they participated in an Islamic ceremony before living as man and wife.» Quelle: Immigration and Refugee Board of Canada (IRB), Legal consequences for a woman in Iran married via a civil marriage in Cyprus who later marries in Iran before obtaining a divorce for the marriage in Cyprus; recognition of the marriage in Cyprus by Iran; likelihood of adultery charges in Iran (1995-2001), 5. Dezember 2001: www.refworld.org/docid/3df4be48c.html.

Minority Rights Group International (MRG)/Ceasefire Centre for Civilian Rights und Centre for Supporters of Human Rights (CSHR), 13. März 2018:

«Christians in Iran include Armenians, the largest Christian group in Iran, whose presence dates back four centuries, and Chaldo-Assyrians, who are among the oldest settled groups in Iran. In addition, there are large numbers of Protestants and Evangelicals in Iran, many of whom are converts and are treated harshly by the government. According to the results of the 2011 government census, which only counts Armenians and Chaldo-Assyrians, there were 117,704 Christians in Iran, although other sources give estimates closer to 300,000, including converts. Estimates for the number of converts vary widely, with some ranging between 66,000 to as many as 500,000.²⁴ The cities of Tehran and Isfahan are both home to substantial Christian populations. (...)»

Figure 7: Christian churches in Iran

Denomination	Number
Armenian Churches	160
Assyrian Churches of the East	61
Assyrian Bible Churches	12
Assyrian Presbyterian Churches	11
Armenian Evangelical Churches	8
Chaldean Assyrian Catholic Churches	7
Adventist Churches	6
Churches of the Assemblies of God	6
Latin Catholic Churches	5
Armenian Catholic Churches	5
Persian-speaking Evangelical Churches	2
Episcopal Churches	1
Total	284

Source: Iranian High Council for Human Rights, 2016

Converts, for the most part, are not officially considered Christian and are treated harshly by the authorities. Although conversion is not a codified crime in Iran, judicial authorities have used national security laws to impose harsh sentences on converts, including imprisonment and floggings. In January 2017, a Tehran appeals court confirmed a five-year prison sentence for Ebrahim Firooz, a Christian convert allegedly involved in missionary activities. Between May and August 2016, Iranian authorities reportedly arrested 79 Christian converts across Iran. The government has also shut down formally recognized churches offering services in Persian and prevented Iranians who are not Christians from entering churches.» Quelle: Minority Rights Group International (MRG), Ceasefire Centre for Civilian Rights und Centre for Supporters of Human Rights (CSHR), Rights Denied: Violations against ethnic and religious minorities in Iran, 13. März 2018, S. 10, 25-26: www.ecoi.net/en/file/local/1426937/5351_1521379677_rights-denied-violations-against-ethnic-and-religious-minorities-in-iran.pdf

Mohabat News, 21. Oktober 2017:

«The Iranian intelligence service has launched a new campaign to crackdown on Christian converts in the south-western city of Dezful, resulting in many Christians in this city to be arrested and interrogated. (...)»

On October 10, 2017, security authorities **arrested Mohamad Ali Torabi, a Christian convert, in his workplace** in the south-western city of Dezful. He was immediately transferred to an unknown location and his family has not been made aware of his whereabouts ever since.

After arresting him at his workplace, plain-clothed security authorities took the 39 year old Christian convert, Mohamad Ali Torabi, to his house, where they confiscated all of his Christian material including Bibles and textbooks.» Quelle: Mohabat News, A Group of Christian Converts Arrested in South-Western Iran, 21. Oktober 2017: <http://mohabatnews.com/en/?p=3760>.

Mohabat News, 30. August 2016:

«Iranian police raided a family party on Thursday August 26, 2016, held in a garden in Firouz-Kouh county, north of Tehran, and arrested a group of Christian converts who had gathered there. (...)

According to Article 25 of the Iranian constitution, “searching, intercepting delivery of mails, wiretapping and recording of telephone conversations, publicizing, censorship and interruption of private telegraph and fax communication is illegal, unless permitted through a court order”. Despite this article, Iranian police, security forces and the Revolutionary Guard, do not respect this law and violate Iranian citizens’ privacy and personal space. With this group of Christian believers arrested in their family party, not only will they be charged with having a non-Islamic party, they will be charged with possession of Bibles and Christian material, which is a crime in the country. Even though they were not having a worship session in their gathering, the mere possession of Christian material among them is considered an offence.» Quelle: Mohabat News, Iranian Christian Converts Arrested in Family Party, 30. August 2016: <http://mohabatnews.com/en/?p=3091>.

NOAS, Norges Kristne Råd, Den Norske Kirke und Stefanus Alliansen, 2017:

«Ikke nødvendigvis religiøse møter

Den samlingen som blir raidet behøver nødvendigvis ikke være et spesifikt kristent møte. Mansour Borji i Article 18 fremhever at også sosiale sammenkomster med konvertitter kan oppfattes som ulovlig. To av våre informanter var sammen med andre, flere av dem medlemmer i en husmenighet, ved et rent sosialt samvær da politiet slo til. (...)

Bruk av vold

Våre informanter forteller at politiet kan være rimelige hardhendte, særlig hvis noen stiller spørsmål eller ikke samarbeider. Da et av medlemmene i et raid nektet å oppgi koden til sin PC og stilte spørsmål ved at politiet ikke hadde noen ransakelsesordre, ble han slått og sprayet med pepperspray. Vår informant er overbevist om at hans motstand bidro til en enda hardere behandling. Andre som ble arrestert mens de var hjemme eller på andre plasser, forteller også om voldsbruk både mot seg og i et tilfelle **mot kone og barn.** **Fler oppgir at etterretningstjenesten og politiet brukte truende og nedsettende språkbruk.**

Mobiltelefoner, PC'er, nettbrett og annet elektronisk utstyr blir beslaglagt.

Alt som kan være av interesse blir tatt, til og med barns elektroniske spill. Alle ble tvunget til å oppgi koder til utstyret og til sosiale medier. (...)

Bruk av isolat

Gjennomgående rapporteres det om utstrakt bruk av isolat, helt opptil perioder på 75 dager, som et av flere «verktøy» for å få tilstaelser og informasjon, ofte i kombinasjon med lange og intense forhørspersoner. En av våre informanter var nettopp kommet ut fra Iran. Han ble i to omganger satt på isolat som inkluderte lange og tøffe forhørspersoner preget både av trusler om represalier mot nære familie og menighet, inklusive trusler om selv å bli tatt av dage. Han var sterkt preget av det han hadde opplevd og ble frigitt etter å ha skrevet under på en erklæring hvor han blant annet tok avstand fra sin tro. To informanter, som for noen år siden ble tvangssendt tilbake til Iran fra Norge, ble også satt i isolat over lengre tid.

Usikre fengselsopphold

Forhørene i fengselet er harde og de rettsprosessuelle forholdene svært uklare. Det skaper stor usikkerhet og utrygghet. Det kan ta lang tid før man vet hva man er anklaget for og før det blir formell rettsbehandling. Informantene oppgir at konvertitter sjeldent får lov til å ha en advokat etter eget ønske. Mange ganger får ikke advokaten tilgang til klienten sin eller nødvendige saksdokumenter. I løpet av forhør og fengselsopphold blir konvertitter ofte utsatt for sterkt psykologisk press, trusler om henrettelse og grovt krenkende språkbruk. Noen opplever også vold og fysisk mishandling. Informanter forteller at de blir plassert sammen med tungt kriminelle og farlige fanger, selv om de egentlig skulle vært plassert blant politiske fanger med tanke på anklagene mot dem, at de blir utsatt for at de ikke får tilgang til nødvendig medisinsk behandling, at de blir nektet besøk fra familie eller å ringe hjem. (...)

Krav for å bli frigitt

Det oppgis at konvertitter blir tilbudt løslatelse og at anklagene trekkes hvis de blir informanter for myndighetene. Flere påpeker at det er vanlig at man beskrive under en erklæring om at man ikke lenger vil oppsøke husmenigheter eller delta i andre kristne aktiviteter. Hvis man blir tatt i enda et «lovbrudd eller får nye anklager rettet mot seg, økes straffen betydelig. (...)

Pålegg om å forlate landet

Flere informanter forteller også at det er en forutsetning for å bli frigitt at en skal forlate landet. Det er ikke tvil om at myndighetene anser det mer tjenlig at konvertitter befinner seg utenfor Irans grenser. (...)

Vanskeltigheter etter frigivelse

En av våre informanter fortalte at både han og flere han kjente mistet jobbene sine etter arrestasjoner, og at de også hadde store problemer med å få nødvendige offentlige dokumenter for å kunne starte egen virksomhet. Det gjorde det sært vanskelig å overleve. En annen uttrykte det på følgende måte: «Once you are arrested – they make sure that you're out of job.» Kausjonspenger kan gjøre det nødvendig å selge hus og eien-

dom. Dette, sammen med den store usikkerheten som uavsluttete rettsprosesser og muligheten for nye arrestasjoner innebærer, bidrar til at mange konvertitter forlater Iran. (...)

«4.8 Returnerte konvertitter

Risiko ved retur

Hva skjer med konvertitter som blir returnert til Iran? **Vi har ikke mange slik eksempler, men det er noen. Vi forholder oss til to dokumenterte returtilfeller fra Norge** hvor begge senere ble innrømmet flyktningstatus av UNHCR. Den ene er intervjuet over telefon, den andre har selv beskrevet sine erfaringer etter å ha flyktet til Tyrkia. Uten at de har hatt noe kjennskap til hverandre **forteller de detaljert om samme mønster fra iranske myndigheters side fra ankomst** etter å ha blitt overlevert av norsk politi. Mønsteret er i hovedtrekk som følger:

- a) Den ene forteller at han må vente i tre timer på flyplassen siden han ikke hadde pass. **Da han går ut for å ta en taxi, tvinger flere sivilkledde personer ham inn i en bil. Her begynner de å spørre ut om hvorfor han har vendt islam ryggen og blitt en kristen. Den andre forteller noe tilsvarende. Med bind for øynene blir de kjørt til et sted de antar er i Teheran.**
- b) **De blir satt på enecelle i lengre perioder og gjenstand for harde forhør. Den ene tvinges blant annet til å stå oppreist i timevis. Språkbruken kan tidvis være nedverdigende og ydmykende. De er begge utsatt for fysisk vold.**
- c) **De oppfatter begge hovedpunktene i anklagene mot dem er knyttet til frafallet fra islam og underkjennelsen av den islamske staten. Politiet kjenner overraskende godt til hva en av dem har skrevet på sosiale medier i Norge. Politiet viser også interesse for norske nummere og navn som kommer fram på hans mobiltelefon.**
- d) **De blir begge truet med hva som kan skje med familien.**
- e) **Begge blir truet med å bli tatt av dage. Den ene blir flere ganger utsatt for «skinnhenrettelser», at en blir tatt med ut for å skulle avlives, men i siste øyeblikk blir ekskusjonen avbrutt, noe som oppleves som svært psykisk belastende.**
- f) **De blir tilbudt fritt leide hvis de vil fortsette som angivere. Den ene hadde medisinske problemer før fengselsoppholdet uten at det ble tatt hensyn til.**
- g) **Den ene mener oppholdet varte i sju uker. Den andre i to måneder. De tror begge de ble hjulpet av kjente i «systemet» slik at de ble frigitt, men da på betingelse av å fortsette som angivere. Belastningene ble for store og begge legger etter en stund ut på en kostbar, strabasiøs og farlig flukt over fjellet til Tyrkia hvor de til slutt blir registrert hos UNHCR - og etter en lang vanskelig ventetid får status som flyktninger.**
- h) **Begge har fått varige men av den brutale behandlingen og de psykiske belastningene de ble utsatt for i iransk fengsel og av den påfølgende flukten.**

*En av de organisasjonene vi møtte i London slo også fast at de som returnerer etter en konvertering i utlandet vil som regel utsettes for streng overvåking. Enkel kommunikasjon med naboen og familie om tro, og ikke minst eventuell kontakt med det kristne fellesskapet man har hatt i landet der konverteringen skjedde, vil være direkte farlig. **En organisasjon i Tyrkia, som jobber tett med iranske flyktninger, strekker seg så langt som å si at bare det å komme tilbake som en «failed asylum seeker» er nok til å tiltrekke seg myndighetenes interesse.** Hvis det ikke allerede er kjent, vil konverteringen snart komme for dagen. Flere påpeker at det ikke er lett for returnerte konvertitter å komme inn i en husmenighet hvis man ikke har kontakter og nettverk, men at det vil være mulig over tid og når tillit er etablert.» Quelle: NOAS, Norges Kristne Råd, Den Norske Kirke und Stefanus Alliansen, Har kristne konvertitter fra Iran behov for beskyttelse? Tro, håp og forfølgelse II, 2017, S. 44-48, 52-53: www.noas.no/wp-content/uploads/2017/07/Tro-haab-og-forfolgelse-II.pdf.*

Schweizerische Bundeskanzlei, 14. Februar 2018:

«Verbotener Nachrichtendienst

Der Bundesrat stellt fest, dass:

- in der Schweiz weiterhin verbotener Nachrichtendienst betrieben wird;

- insbesondere Spionage mit elektronischen Mitteln ein grosses Ausmass angenommen hat.

Politik, Wirtschaft und Militär der Schweiz, aber auch hier domizierte ausländische Vertretungen und internationale Organisationen sind Ziel von verbotenem Nachrichtendienst. Ausserdem stehen auch Exilgemeinschaften im Visier der Nachrichtendienste ihrer Heimatländer. Die Zielsetzungen variieren je nach Potenz und Interesse des angreifenden Staats. Verbotener Nachrichtendienst wird zudem nicht nur mit gezielten Angriffen betrieben. Nachrichtendienste arbeiten auch mit Schlüsseltechnologiefirmen zusammen; die Informations- und Kommunikationstechnologie bleibt grundsätzlich korrumptierbar. In manchen Ländern bestehen Rechtsgrundlagen, mit denen eine solche Kooperation erzwungen werden kann.» Quelle: Schweizerische Bundeskanzlei, Geschäftsbericht des Bundesrates 2017, Band I, 14. Februar 2018, S. 151: www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/fuehrungsunterstuetzung/geschaeftsbericht.htm I.

UK Home Office, März 2018:

«The Central Intelligence Agency (CIA) World Factbook, noted that Iran has an estimated population of 82,021,564 million (July 2017 est.). The estimated number of Christians living in Iran varied greatly. UN data from 2011 suggests that the number is 117,704. The United States Religious Freedom report quote the figures from the World Christian database as stating there are approximately 285,000 Christians in Iran. Open Doors, interviewed by the UK Home Office on 8 August 2017, stated that many converts do not publicly report their faith due to persecution so it is difficult to record the exact numbers of Iranian Christian converts. Open Doors believes the number to be 800,000, although this is a conservative estimate. Other estimates put the number between 400,000- 500,000 right up to 3 million. (...)

When asked about if there was any difference in treatment between Church 'leaders' and others and what constitutes a 'leader' within the Church, Open Doors told the UK Home Office that there is some difference in treatment, depending on the person's role, between Christians. Christian leaders are monitored very closely, but the Iranian authorities have a problem with all Christians, and mainly Farsi-speaking Christians, ethnic Christians and Believers from a Muslim Background (BMB). **A person organising/arranging a House Church, even if it only consists of 4 or 5 people, can be thought of as a 'leader', as can anyone who takes on any role or responsibility, for example the leadership of women's ministry.** A leader is not just someone who has studied theology. For example, a person who has come to Christ (through conversion), say six months ago, will be evangelising and starting discipleship groups. (...)

5.1.8 Open Doors informed the UK Home Office on 8 August 2017 that the Revolutionary Guard and the intelligence services are mainly responsible for the ill treatment of Christians in Iran. Both are very much controlled. **These organisations often interview Christians, who are believed to be spies from the West.** Additional charges are loaded onto Christians when arrested. There is a clear structure to how the authorities persecute Christians.

5.1.9 Elam ministries, informed the UK Home Office on 6 September 2017 that those who store and distribute Bibles, evangelise, lead house churches etc, face more pressure from the authorities. The authorities might let them carry on for a while or watch them but their goal would be to stop them.

5.1.10 When asked by the UK Office about the likely treatment Christian converts may face Elam Ministries stated that the pressure will be built up - they might get called in for questioning and then let go at first. If a person doesn't stop their Christian worship, then the phone calls will start. Depending on how much information the authorities have on a person, the strategy may change, with arrests without warrants, huge bails, charges of politically-related or security crimes, floggings and exiles to remote areas of Iran. Within the last ten years, thousands of Iranians have converted to Christianity. In this time the Iranian authorities have arrested hundreds of people and built up a good database of activities and developed an idea of the different levels of activity. **Those who watch satellite TV are considered a lower threat; those who open a house church or evangelise are in a different category.** (...)

Article 18, interviewed by the UK Home Office on 12 July 2017 stated that apostasy charges are rarely stated on court documents although individuals are verbally charged, questioned, intimidated and threatened with apostasy.

5.3.10 Article 18, further stated that legally a person must be summonsed first and then arrested (if a person has not responded to the summons). But this usually doesn't happen. Often when a person is arrested, no one shows an arrest warrant which legally should have their name, basic details and the reason for arrest. The person should then know his/her charges immediately and before interrogations. The person could then refuse to answer questions not connected to his/her under law. But this rarely happens. The arrest, detention and charge are therefore illegal all the way through. It's also highly likely that by the time a person gets to court, the charges which are raised

are not the ones mentioned (if at all) earlier in proceedings. People who are arrested are threatened with apostasy. But this doesn't appear on the charge sheet or court verdicts.

5.3.11 Article 18 stated that some people are detained for three months and one day – to ensure they have a criminal record. Another trend, on top of the person's sentence is two years' 'exile' to a place in southern Iran which is difficult to live in. People sent there also must report weekly to the authorities.

Elam ministries, interviewed by the UK Home Office on 6 September 2017, stated that when the authorities raid a house church they will arrest everyone in the room. They might not hold those who are new or who are clearly not active as long as they would hold the leaders. House churches are much smaller now than before. Two to three years ago there would have been 20- 30 members. Leaders have been arrested which means that other members of the group have to step up and become the leaders. There is not a set structure - the situation is very fluid. Those in House churches are threatened by the government as they are seen as the most passionate evangelists. » Quelle: UK Home Office, Country Policy and Information Note Iran: Christians and Christian converts, März 2018, S. 7, 16-24: www.ecoi.net/en/file/local/1426113/1226_1520429972_iran-christians-cpin.pdf.

UN Human Rights Council (UNHRC), März 2017:

«The Special Rapporteur is also concerned about the targeting and harsh treatment of Christians from Muslim backgrounds and members of various Sufi groups, including the Nematollahi Gonabadi order and the Yarsan (also known Ahl-e Haqq), which are considered "deviant faiths" by the authorities and some members of the clerical establishment. These groups continue to face arbitrary arrest, harassment and detention, and are often accused of national security crimes such as "acting against national security" or "propaganda against the State". Under Iranian law, individuals, including Christians of Muslim backgrounds, can be prosecuted for apostasy, although it is not specifically codified as a crime in the Islamic Penal Code. The Special Rapporteur notes that laws against apostasy clearly contravene the State's obligation to protect the right to freedom of religion or belief.» Quelle: UN Human Rights Council (UNHRC), Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Islamic Republic of Iran, Advance edited Version, 17. März 2017, S. 17: www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session34/Documents/A_HRC_34_65_A_EV.docx.

US Commission on International Religious Freedom (USCIRF), 26. April 2017:

«Since President Hassan Rouhani was elected in 2013, the number of individuals from religious minority communities who are in prison because of their beliefs has increased, despite the government releasing some religious prisoners of conscience during the reporting period. (...)

Despite publicly releasing in December 2016 a nonbinding Charter on Citizens' Rights—which includes provisions to respect freedom of thought and religious belief for all citizens—President Rouhani has not delivered on his promises to strengthen civil liberties for religious minorities. Even some of the constitutionally recognized non-Muslim minorities—

Jews, Armenian and Assyrian Christians, and Zoroastrians—face official harassment, intimidation, discrimination, arrests, and imprisonment. (...)

Christians

Since 2010, authorities arbitrarily have arrested and detained more than 600 Christians throughout the country. Over the past year, there were numerous incidents of Iranian authorities raiding church services, threatening church members, and arresting and imprisoning worshipers and church leaders, particularly Evangelical Christian converts. According to reports, nearly 80 Christians were arrested between May and August 2016; the majority were interrogated and released within days, but some were held without charge for months, and several remain in detention. As of December 2016, approximately 90 Christians were in prison, detained, or awaiting trial because of their religious beliefs and activities. Christian leaders of house churches were the particular focus of Iranian authorities, and often were charged with unfounded national-security-related crimes.» Quelle: US Commission on International Religious Freedom (USCIRF), United States Commission on International Religious Freedom 2017 Annual Report; 2017 Country Reports: USCIRF Recommended Countries of Particular Concern (CPC): Iran, 26. April 2017, S. 44-49: www.ecoi.net/file_upload/5250_1494427334_iran-2017.pdf.

US Department of State (USDOS), 20. April 2018:

«The Basij, a volunteer paramilitary group with local organizations across the country, sometimes acted as an auxiliary law enforcement unit subordinate to IRGC ground forces. Basij units often engaged in repression of political opposition elements or intimidation of civilians accused of violating the country's strict moral code, without formal guidance or supervision from superiors. The supreme leader holds ultimate authority over all security agencies. (...)

The government restricted and disrupted access to the internet, monitored private online communications, and censored online content. Individuals and groups practiced self-censorship online.

The Ministries of Culture and of Information and Communications Technology are the main regulatory bodies for content and internet systems in the country. The supreme leader's office also includes the Supreme Council of Cyberspace (SCC) charged with regulating content and systems. The government collected personally identifiable information in connection with citizens' peaceful expression of political, religious, or ideological opinion or beliefs.» Quelle: US Department of State (USDOS), Country Report on Human Rights Practices 2017 - Iran, 20. April 2018: www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2017/neia/277241.htm.

US Department of State (USDOS), 15. August 2017:

«“Within the limits of the law,” the constitution states Zoroastrians, Jews, and Christians (excluding converts from Islam) are the only recognized religious minorities permitted to worship and to form religious societies. (...)

The penal code specifies the death sentence for proselytizing and attempts by non-Muslims to convert Muslims, as well as for moharebeh ("enmity against God") and sabb al-nabi ("insulting the prophet"). (...)

According to World Christian Database statistics, there are approximately 285,000 Christians, although some estimates suggest there may be many more Christians than actually reported. While the government's Statistical Center of Iran reports there are 117,700, Elam Ministries, an Iranian Christian organization, estimates that there could be between 300,000 and one million Christians. The majority of Christians are ethnic Armenians concentrated in Tehran and Isfahan. Estimates by the Assyrian Church of the total Assyrian and Chaldean Christian population put their combined number at 7,000. **There are also Protestant denominations, including evangelical groups, but there are no authoritative data on their numbers. Christian groups outside the country estimate the size of the Protestant community to be less than 10,000, although many Protestants and other converts to Christianity from Islam reportedly practice in secret.** (...)

The constitution states the investigation of an individual's ideas is forbidden, and no one may be "subjected to questioning and aggression for merely holding an opinion." **The law prohibits Muslim citizens from changing or renouncing their religious beliefs. The only recognized conversions are from another religion to Islam. Apostasy from Islam is a crime punishable by death.** Under the law, a child born to a Muslim father is considered to be Muslim. (...)

The constitution states Zoroastrians, Jews, and Christians are the only recognized religious minorities. "Within the limits of the law," they have permission to perform religious rites and ceremonies and to form religious societies. They are also free to address personal affairs and religious education according to their own religious canon. The government does not recognize evangelicals as Christian. Because the law prohibits citizens from converting from Islam to another religion, the government only recognizes the Christianity of citizens who are Armenian or Assyrian Christians, since the presence of these groups in the country predates Islam, or, reportedly, of citizens who can prove that they or their families were Christian prior to 1979 revolution. The government also recognizes Sabean-Mandaeans as Christian, even though the Sabean-Mandaeans do not consider themselves to be Christians. Any citizen who is not a registered member of one of these three groups or of Judaism or Zoroastrianism or who cannot prove that his or her family was Christian prior to 1979 is considered Muslim. Citizens who are members of one of these recognized religious minorities must register with the authorities.

Registration conveys certain rights, including the use of alcohol for religious purposes. Failure of churchgoers to register and attendance at churches by unregistered individuals may subject a church to closure and arrest of its leaders by the authorities. Christian converts are not recognized as Christian under the law; they cannot register, and are not entitled to the same rights as recognized members of Christian communities.

The Ministry of Culture and Islamic Guidance and the Ministry of Intelligence and Security monitor religious activity, and the Islamic Revolutionary Guard Corps (IRGC) also monitors churches. (...)

By law, non-Muslims may not serve in the judiciary, the security services (separate from regular armed forces), or as public school principals. (...)

Christians who were arrested were reportedly subject to severe physical and psychological mistreatment. The Christian news website, Mohabat News, said the mistreatment sometimes included beatings and solitary confinement. (...)

Christians, particularly evangelicals and converts from Islam, continued to experience disproportionate levels of arrests and detention, and high levels of harassment and surveillance, according to reports from exiled Christians. Numerous Christians remained imprisoned at year's end on charges related to their religious practices. **Prison authorities reportedly continued to withhold medical care from prisoners, including some Christians, according to human rights groups.** According to human rights NGOs, the government also continued to enforce the prohibition on proselytizing. (...)

The government continued to regulate Christian religious practices closely. The authorities prevented Muslim converts to Christianity from entering Armenian or Assyrian churches, according to UN Special Rapporteur Shaheed. According to Christian community leaders, if the authorities found Armenian or Assyrian churches were baptizing new converts or preaching in Farsi, they closed the churches. The authorities reportedly also barred all unregistered or unrecognized Christians from entering church premises, closed churches that allowed them to enter, and arrested Christian converts. Christian advocacy groups stated the government, through such pressure and through church closures, had eliminated in recent years all but a handful of Farsi-language church services, restricting services to the Armenian and Assyrian languages. The government continued to ban Farsi-language churches, according to Christian Solidarity Worldwide. **Security officials monitored registered congregation centers to perform identity checks on worshippers to confirm non-Christians or converts did not participate in services. In response, many citizens who had converted to Protestantism or other Christian faiths practiced their religion in secret.** (...)

Government restrictions on published religious material continued. Government officials frequently confiscated Bibles and pressured publishing houses printing Bibles or unsanctioned non-Muslim materials to cease operations. Books about the Yarsan religion remained banned. Books published by religious minorities, regardless of their topic, were required to carry labels on the cover denoting their non-Shia authorship. (...)

Official reports and the media continued to characterize Christian house churches as "illegal networks" and "Zionist propaganda institutions." (...)

According to Christian Solidarity Worldwide, converts from Islam faced societal pressure and rejection by family or community members.» Quelle: US Department of State (USDO), 2016 Report on International Religious Freedom - Iran, 15. August 2017, S. 1-22: www.state.gov/j/drl/rls/irf/2016/nea/268890.htm.

World Watch Monitor, 17. Oktober 2017:

«Meanwhile, Mehrdad Houshmand and his wife Sarah were arrested, interrogated and then detained in the capital, Tehran, for participating in a Christian funeral service, in-

cluding “reading prayers based on Christian teachings”.» Quelle: World Watch Monitor, Iran: arrests of Christian converts continue, 17. Oktober 2017: www.worldwatchmonitor.org/coe/iran-arrests-christian-converts-continue/.